

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Bannlich u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Beyerle, Magdeburg. Geschäftsstelle: Salsbücherei 49, Fernsprecher 1597. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3. Fernsprecher 961.

Bräunungs- und zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf., per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühren: die sechsheftige Beilage 15 Pf., Voll-Beilage 30 Pf.

Nr. 210.

Magdeburg, Freitag den 8. September 1905.

16. Jahrgang.

Der Fleischer Klage.

Zu Berlin ist am Mittwoch nachmittag eine außerordentliche Versammlung deutscher Fleischermeister zusammengetreten, um über die Fleischnot zu beraten und gegen sie zu protestieren. Der ungeheure Andrang der Herren Meister zu dieser Versammlung zeigt, wie lebhaft sie die Sache beschäftigt und wie aussichtslos bis auf weiteres das Bemühen der Agrarier bleiben muß, die Fleischer zur Kerntruppe einer agrarierfreundlichen städtischen „Mittelstandsbevægung“ zu machen.

So weit, so gut! Aber wenn sich die Fleischermeister als die berufenen Vertreter der Konsumenten gebärden, so wird man sie denn doch nach ihrer Legitimation fragen müssen. Somenig eine Harmonie der wirtschaftlichen Interessen zwischen der Landwirtschaft d. h. den Grundbesitzern und der „schaffenden Arbeit“ besteht, die uns die Agrarierpresse täglich vorschwindelt, sowenig besteht eine solche Harmonie zwischen den Interessen der Konsumenten und den meist recht gut situierten Herren, die den Zwischenhandel jenes wichtigen Nahrungsmittels berufsmäßig exploitieren. Es ist für die Fleischer sicherlich höchst betäubend, daß sie die Nachfrage nach Fleisch nicht ausreichend befriedigen können, weil ihnen dadurch mancher schöne Gewinn entgeht, und manchen von ihnen mag das Mißverhältnis, das zwischen der Kaufkraft des Publikums und den Großmarktpreisen besteht, eine direkte Einbuße bedeuten, die freilich zu andern Seiten wieder reichlich eingebracht werden wird.

Der Konsument auf der andern Seite darf sich aber keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß er mit dem Kaufpreis, den er für jedes Stück Fleisch bezahlt, das arbeitslose Einkommen einer ganzen Reihe von Personen — nicht bloß der großen Grundbesitzer — vermehren hilft. In diesem Kaufpreis steht außer den Arbeitslöhnen, über deren Höhe der vernünftige Konsument nie Klagen wird, außer der Grundrente und dem Kapitalgewinn des Züchters auch der Unternehmergewinn der Zwischenhändler, d. h. sowohl der Viehhändler wie der Fleischermeister. Und wenn die Fleischermeister über die hohen Lademieten klagen, die natürlich auch wieder in den Fleischpreis hineinkalkuliert werden, also auf den Konsumenten überwältigt werden, so sind diese wiederum nichts andres als das arbeitslose Einkommen des Hausbesitzers.

So ist jedes Stück Fleisch, jedes Pfund Wurst ein Stück — fleischgewordene kapitalistische Ordnung. Auf der einen Seite öffnet sich der Ausblick auf die zahlreichen Sünde, die zur Erzeugung dieses Stückes Ware tätig gewesen sind. Der landwirtschaftliche Arbeiter hat von den hohen Fleischpreisen eher Schaden als Nutzen; denn es läßt sich denken, daß zu einer Zeit, wo jedes Stückchen Fleisch mit Gold aufgewogen wird, der landwirtschaftliche Unternehmer nicht viel davon zurückbehält zur Befestigung seiner Arbeiter. Der Fleischer aber, dessen Absatz bei steigenden Fleischpreisen zurückgeht, vermindert seine Geschäftskosten nach kapitalistischen Grundgesetzen, indem er seine Arbeiter aufs Pflaster setzt. So bewährt sich abermals das Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft, daß, je kostbarer eine Ware wird, die eigentlichen Erzeuger dieser Ware von ihr desto weniger konsumieren können. Das ist die Ordnung, in der der Schuster barfuß läuft und der Bäcker kein Brot hat.

Das Ziel der Fleischerkonsumenten ist daher ein ganz andres als das der Fleischermeister. Diese mögen sich auf Klagen über die Agrarier beschränken, die ihnen das Geschäft verderben, jene erkennen oder sollten doch erkennen in der Fleischsteuerung nur eine besondere und besonders interessante Erscheinung innerhalb des Gesamtprozesses der kapitalistischen Ausbeutung. Gegen diese Ausbeutung aber hilft nur die wirtschaftliche und politische Organisation der Konsumenten und Produzenten, die zielbewußt darauf hinarbeitet, durch Verminderung und womöglich durch Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aller Art den realen Arbeitslohn zu erhöhen.

Der Weg der Fleischer und Konsumenten geht nur ein paar Schritte weit auf gleicher Bahn. Schon in dem Augenblick, in dem die Konsumenten die Forderung der städtischen Organisation des Fleischverkehrs erheben, scheiden sich die Wege, und der Interessengegensatz wird offenbar. Das wird man im Auge behalten müssen, so sehr man auch im einzelnen mit manchen Wünschen der Fleischer übereinstimmen mag. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 7. September 1905.

Die Grenzen offen!

Zur Fleischnot liegen wieder eine ganze Menge tatsächlicher Meldungen vor. Wir verzeichnen die folgenden:

Dödenburg: Der Stadtrat von Dödenburg beschloß gegen zwei Stimmen, die Regierung zu ersuchen, gegen die Fleischnot beim Bundesrat vorstellig zu werden.

Aus Sachsen: Wegen schleuniger Abhilfemaßregeln gegen die jetzige Fleischnot bei der sächsischen Staatsregierung vorstellig zu werden, haben neuerdings auch die Stadtverordnungen von Reichenbach i. V., Mylau, Markranstädt, Meißen, Döbeln, Wurzen sowie der Gemeinderat des Industrieortes Eibau beschlossen. Der Stadtrat zu Leipzig hatte in seiner letzten Sitzung einen gleichen Beschluß gefaßt.

Leipzig: Der hier abgehaltene dritte Verbandstag der Fleischer und Berufsgenossen (Gehilfen) beauftragte den Vorstand mit einer Eingabe an die Reichsregierung bezüglich Maßnahmen gegen die Fleischnot. Tausende von Meistern seien bereits erloszen geworden und die Gesellen hätten schwer unter der eintretenden Arbeitslosigkeit zu leiden.

Heidelberg: Milch und Fleisch erfahren hier zu gleicher Zeit einen Preisanschlag. Die Erhöhung der Verkaufspreise für Fleisch und Wurst erfolgt in Fällung mit dem Vorgehen der Metzgerinnungen in Mannheim, Bruchsal, Karlsruhe, Rastatt und Pforzheim. Eine von 700 Personen besuchte Protestversammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der die badische und Reichsregierung zur Beseitigung der Ursache der Fleischnot, die Heidelberger Stadtverwaltung zur Aufhebung des Oktrois auf Fleisch aufgefordert wird.

München: Nach ziemlich lebhafter Debatte beschloß der Magistrat, bei der Regierung einen Antrag auf Deseignung sämtlicher Grenzen zu stellen, damit der herrschenden Fleischnot gesteuert werden könne. Außerdem soll die Regierung dahin wirken, daß für die Dauer des Notstandes Zollvergünstigungen auf die Fleisch- und Vieheinfuhr, ev. völlige Aufhebung der Zölle eintritt.

Saalfeld i. Th.: Die Fleischerinnung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, während der für die Mitte dieses Monats angesetzten großen Einquartierung ihre Verkaufsläden zu schließen, da sie bei der herrschenden Fleischnot nicht imstande seien, den gesteigerten Bedarf an Fleischwaren ohne erhebliche Zubuße zu befriedigen.

Aus Hamburg wird uns zu diesem Thema geschrieben:

Die Hamburger Sozialdemokratie veranstaltete seit Sonntag Protestversammlungen zur Erörterung der Fleischnot. In 17 überfüllten Lokalen — darunter mehrere mit über je 2000 Personen — fand nach ausführlichen Referaten eine Resolution einstimmige Annahme, in welcher gegen die Fleischverteuerung und ihre Ursachen protestiert wird. Die Versammelten forderten Deseignung der Grenzen und beauftragten die Bürgerchaftsmitglieder, den Senat zu veranlassen, durch die Bundesratsvertreter energisch im Bundesrat für Aufhebung der Grenzverweigerung einzutreten.

In Altona referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Frohme über daselbe Thema. Die von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung, darunter viele Frauen und Mädchen, stimmte unter lebhaftem Beifall den Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner zu. Es gelangte die oben erwähnte Resolution auch da zur einstimmigen Annahme.

Vom Statistischen Amte Altona werden die Durchschnittspreise für Fleisch im August d. J. bekannt gegeben. Es kostete Rindfleisch von der Keule pro Kilogramm Mk. 1,75, anderes Rindfleisch Mk. 1,50, Kalbfleisch Mk. 1,67, Schweinefleisch Mk. 1,65, Hammelfleisch Mk. 1,60, Speck geräuchert Mk. 2,00, Schmalz Mk. 2,63. In Hamburg ist amtlich festgestellt, daß die derzeitigen Preise seit 20 Jahren die höchsten sind. Schweine kosten 69—70 Mk. pro 100 Pfund Schlachtgewicht, leichte Mittelware 67—68 Mk.

Aus Chemnitz endlich geht uns folgender Bericht zu:

Einen wichtigen Protest gegen Fleischnot und Fleischverteuerung erhoben in einer großen Versammlung, die im Volkshause am Mittwochabend tagte, die Arbeiterfrauen und -mädchen von Chemnitz. Nach einem interessanten Vortrag der Genossin Baader aus Berlin, der von Beifall unterbrochen und begleitet war, nahmen auch einige Frauen in der Diskussion das Wort und schilderten die durch die Teuerung und die niedrigen Löhne über die Arbeiterfamilien hereingebrochene Not.

Selbst das Bürgertum protestiert gegen die Fleischnot und gegen die ministerielle Behandlung der Sache. Im nördlichen bürgerlichen Bezirksverein in Chemnitz gab das Ergehen des evangelischen Arbeitervereins im Beiritt zu einem Sitzgange (!) bez. der Beseitigung der Fleischnot, das der Verein an maßgebende Stelle absenden will, Veranlassung zur Besprechung der bestehenden Verhältnisse. Die Debatte wurde recht lebhaft. Mit Entrüstung wurden die jüngsten Auslassungen der Minister Pobjielski und Wölfler zurückgewiesen. Es fand schließlich ein Antrag einstimmige Annahme, der den Hauptansatzpunkt der bürgerlichen Bezirksvereine beauftragt, sämtliche Vereine zu veranlassen, gemeinsam und selbständig vorzugehen und eine an die sächsische Landesregierung und die Stände gerichtete Petition um Beseitigung der Fleischnot und -teuerung abzugeben. Diese Stellungnahme der bürgerlichen Bezirksvereine ist bemerkenswert. Sonst sind diese für öffentliche Progen nicht zu haben. Aber diesmal geht's an den Geldbeutel und ein jeder spürt die Not.

„Sonderbare Klänge“, murnelt der Magdeburger Oberbürgermeister. „Es gibt doch gar keine Fleischnot. Erstens hat der Minister das gesagt. Na und ein hochwohlweiser Minister wird's doch wissen. Und zweitens hab' ich das gesagt. Na und ich werd' doch auch leben können. Drittens ist es immer sehr bedenklich, wenn über etwas laut geredet wird, was den Ministern unausgesprochen ist. Viertens und hauptsächlich wollen die Agrarier doch auch leben. Na und da darf man ihnen doch das Leben nicht vergällen. Wunderliche Welt! Und was das Verwunderlichste: So viele meiner Kollegen machen die Heze mit. Sie bedenken gar nicht, daß ihnen das Baguette auch übel bekommen kann. Na, ein Glück, daß ich wenigstens nicht ver-gessen habe, daß ich mittelbarer Staatsbeamter bin. So ist doch noch einer da, der da weiß, was er in diesen aufgeregten Zeiten seiner ruhigen Stellung schuldig ist.“

Also murnelte der Magdeburger Oberbürgermeister. Dann setzte er sich an den Frühstückstisch und legte sich eine kräftige Scheibe saftigen Filetbratens auf den Teller. —

Die Resolution der Fleischermeister.

Die Berliner Versammlung der Fleischermeister, die aus ganz Deutschland zahlreich besucht war, ist oben kritisch gewürdigt worden. Damit die Leser aber erkennen, bis zu welchem Radikalismus die Not die Meister getrieben hat, sei die von 2000 Fleischern einstimmig angenommene Resolution hier wiedergegeben:

Zweitausend Fleischermeister aus allen Teilen des Deutschen Reiches, die aus Anlaß der Viehnot und Fleischnot in der Concordia-Gesellschaft zu Berlin versammelt sind, erklären, daß nach ihrer genauen Kenntnis des Viehbestandes im Reiche sowie nach den Zahlen des Auftriebs und der Schlachtungen auf den Vieh- und Schlachthöfen ein großer und zunehmender Mangel an Schlachtwiege im Reich besteht, der sich so stark bemerkbar ist, als die zu Markte gebrachten Schlachttiere größtenteils ihrer Qualität nach sehr geringwertig sind und das Fleischergebnis dementsprechend geringer ist.

Sie geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß durch diesen Viehmangel und die dadurch hervorgerufene Fleischnot die Ernährung des deutschen Volkes mit Fleisch und damit seine Erwerbs- und Wehrfähigkeit schwer beeinträchtigt werden muß, und stellen fest, daß die Fleischermeister, die den gemäßigt in die Höhe geprungenen Viehpreisen mit den Detailpreisen für Fleisch- und Fleischwaren noch nicht haben folgen können, durch die Viehsteigerung große Verluste erlitten haben und erleiden, und zum Teil sogar in ihrer Existenz bedroht sind.

Sie halten es deshalb für eine nationale Pflicht, daß die Reichsregierung und die Bundesregierungen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel aufwenden, um dem herrschenden Mangel schnellmöglich abzuhelfen, insbesondere, selbstverständlich unter der gebotenen Rücksichtnahme auf die heimische Viehzucht, deren gedeihliche Entwicklung auch dem Fleischergewerbe am Herzen liegt und liegen muß, die Einfuhr von Schlachtwiege aus dem Ausland zu erleichtern.

Die Versammlung fordert, nachdem die Endfrist, die der Landwirtschaftsminister v. Bobbelski vor einigen Wochen für den Viehmangel bei seiner Ablehnung der Grenzöffnung vorausgesetzt hat, abgelaufen ist, die Viehsteigerung in der Zwischenzeit aber nicht abgenommen, sondern noch erheblich zugenommen hat, nunmehr auf das bestimmteste, daß diesem Verlangen weiterer Volksteile nach Deseignung der Grenzen von der Regierung endlich entsprochen wird.

Wenn die Regierung auf ihrem hartnäckig ablehnenden Standpunkt noch weiter verharrt, so würde das ein einseitige Begünstigung der landwirtschaftlichen Interessen zum Schaden der gesamten Bevölkerung bedeuten, die im nationalen Interesse aus schärfster Zurückweisung werden muß. Denn es ist die Pflicht der Staatsregierung, die gemeinsamen Interessen des gesamten Volkes nicht aber nur einer einzelnen Klasse zu wahren. Ebenso verlangt die Versammlung die Aufhebung der Quarantäne-Vorschriften bei Einfuhr von dänischem Vieh.

Es hat lange gedauert, bis die Schlächter entdeckt haben, daß die Regierung seit Jahren schon die Großgrundbesitzer einseitig begünstigt. Sie werden die Erfahrung, die sie jetzt machen, auch gern wieder vergessen, wenn es erneut zu Wahlen geht.

Aber die Bevölkerung, die Konsumenten werden ein besseres Gedächtnis haben. Auf sie, nicht auf die Fleischermeister hat man für die Zukunft zu rechnen. —

Eine Chronikklärung für den Kriegsminister.

In der Hitze des politischen Kampfes geschieht es bisweilen, daß die Presse über ihre politischen Gegner Behauptungen verbreitet, die sich nachher als unrichtig herausstellen. Unständige Blätter werden in solchen Fällen nicht anstehen, ihren Irrtum, sobald er ihnen klar geworden ist, offenherzig einzugehen.

Zu einer solchen Lage befinden wir uns. Wir sind aber in sozialdemokratischen Kreisen weit verbreiteter Meinung, über die Gegner viel zu gut zu denken, zum Opfer zu fallen. Wir haben unlängst von einem „Erlaß des Kriegsministers“ Notiz genommen, den der allwissende Herr Scherl in seiner Presse veröffentlicht hatte. Dieser Erlaß, der den Vorgesetzten jede Verhöhnung ihrer Untergebenen streng verbot und die Erkenntnis ausdrückte,

daß dem Unwesen der Soldatenmißhandlungen nur mit Hilfe der Mannschaften gesteuert werden könnte, haben wir für angemessen und vernünftig erklärt und dabei sogar etwas von der Meinung durchschimmern lassen, daß der Verfasser dieses Erlasses von humanen Absichten geleitet zu sein scheint.

Nun aber stellt sich heraus, daß dieser Erlass, so schön er auch ist, immerhin einen bedauerlichen kleinen Fehler hat: Er existiert nämlich nicht! Die halb- oder viertel-offizielle Scherzpresse hat ihren Lesern einfach etwas vorgeschwindelt und damit eine neue Methode des Offizientums eingeführt, die Aussicht auf eine große Zukunft hat. Während man sich nämlich bisher darauf beschränkte, alle bösen Geschichten, die den großen Herren unangenehm waren, zu dementieren, erfindet man neuerdings die schönsten Geschichten zu ihrem Lobe. Ungeahnte Möglichkeiten eröffnen sich. Nächstens werden wir vielleicht lesen, daß die Kosten der neuen Flottenvorlage aus den Mehrerträgen aufgebracht werden sollen, die die großen Güter nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs abwerfen werden, oder daß Herr v. Bobbielzki seine Schweine zu 20 Pfg. das Pfund Lebendgewicht verkaufen will.

Gegen diese neue Methode war unsere arglose Gutgläubigkeit allerdings nicht gewappnet. Und so geschah es, daß wir Herrn v. Einem lobten, wo er doch ganz unschuldig war. Der dringende Wunsch, an einem preussischen Minister einmal doch etwas ausfindig zu machen, was, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus betrachtet, eine gewisse Nutzenverdienst, mag unser kritischen Verstand irregeleitet haben.

Und so bekennen wir feierlich und aufrichtig: Der vernünftige und humane Erlass gegen die Soldatenmißhandlungen, den wir fälschlich Sr. Excellenz dem preussischen Kriegsminister zugeschrieben haben, existiert nicht. Sr. Excellenz dem preussischen Kriegsminister ist es vielmehr niemals eingefallen, einen solchen vernünftigen und humanen Erlass zu verfassen und herauszugeben. Unsere Schlussfolgerung, daß vernünftige Argumente, wie sie von den Sozialdemokraten im Reichstag vorgebracht werden, unter Umständen sogar auf preussische Minister einen gewissen Eindruck machen können, fällt, da sich ihre Voraussetzung als falsch erweist, von selbst zusammen.

Die Gefahr der „Aufklärung“.

In den „Jahrbüchern für die deutsche Armee und Marine“ findet sich ein Artikel, in dem ein anscheinend höherer Offizier auf die Gefahren hinweist, die durch die immer mehr zunehmende Verbreitung sozialdemokratischer Ideen unter den Militärdienstpflichtigen entstehen, und als Mittel dagegen empfiehlt, daß in einer Art von Instruktionstunde der Offizier seine Vorkenntnisse über die „falschen“ Lehren der Sozialdemokratie aufklären soll. Andere Organe finden ein Haar in diesem Vorschlag, und ein national-liberales Blatt wirgelt schlotternd vor Angst wie folgt ab:

„Was wir den Vorschlag gemäß die Politik in die Kaserne hinstellen, so wäre die Folge nicht, wie der Verfasser annimmt, eine günstige und der Sozialdemokratie schädliche; ganz im Gegenteil — das kann man mit fast absoluter Sicherheit voraussagen — würde dadurch der sozialdemokratischen Propaganda nur noch mehr Tür und Tor geöffnet. Wer soll denn diesen Aufklärungsunterricht erteilen? Wir haben alle Achtung vor dem Bildungsgrade unserer Offiziere, aber daß ein junger Offizierensoffizier befähigt sein sollte, durch Vorträge über das Wesen der Sozialdemokratie die Lehren von seinen Lehren, die vorher hauptsächlich durch sozialdemokratische Schulen gegangen sind, dieser Partei wieder absperrig zu machen — das wird wohl niemand glauben. Man wendet auch dem jungen Offizier zuviel zu, wenn man von ihm verlangt, daß er neben dem vielen übrigen Lehr- und Unterricht sich auch noch eingehend mit Politik beschäftigen soll, ganz davon abgesehen, daß zu dem obersten Grundsatze unserer militärischen Ausbildung der gehört, daß sich der Offizier von der aktiven Beteiligung in der Politik fern halten soll. Allerdings ist damit nicht gesagt, daß er dem politischen Leben überhaupt uninteressiert gegenüberstehe, aber politische Belästigungen beim Dienstvertrage zu erdulden, geht doch weit über den Rahmen unserer bis jetzt festgesetzten Regeln hinaus. Es ist ferner ganz unabweislich, daß über die Unterzungen, die in solcher Formulation gegeben werden, von den jungen Soldaten nachher gesprochen wird: daß dabei die sozialdemokratischen Lehren unter dem Vorwand die Zeit auszunutzen werden, um für ihre Parteizwecke gute Arbeit zu verrichten. Ist das, zu nicht geschehen werden, junge Leute, die durch die Schulen der Sozialdemokratie gegangen sind, weit mehr dem Stoff beherrschten, als es der Offizier voraussetzt, der sich doch immer nur bescheiden mit den politischen Dingen beschäftigen kann. Nicht aber kann gefordert werden, daß die Unterzungen eines Offiziers, dem der Regier nicht mehr vollkommen Gehör ist.“

Schmerzhaft ist das Zeugnis des national-liberalen Blattes für die Offiziere, aber es wird ihnen stimmen. Die Lehren der Sozialdemokratie müssen sich also nach anderen Mitteln umsehen, um der sozialdemokratischen „Durchdringung“ des Heeres Einhalt zu tun.

Alle anderen Mittel, auf Erfolg zu hoffen, sind aber durch die Unterzungen der Sozialdemokratie gebrochen.

Ein Schachteinsturz.

Das Verbrechen wird uns geschildert: Ein Schachteinsturz ist ein schreckliches Unglück, das die Arbeiter in der Bergbauindustrie oft zu Opfer bringen kann. In dem vorliegenden Falle ist ein Schacht in der Provinz Westfalen eingestürzt, was zu erheblichen Verlusten an Leben und Eigentum geführt hat. Die Ursache des Unglücks wird auf mangelhafte Sicherungsmaßnahmen zurückgeführt, die von den Verantwortlichen nicht beachtet wurden. Die Regierung wird aufgefordert, strengere Vorschriften für die Sicherheit in Bergwerken zu erlassen, um solche Katastrophen zu verhindern.

freien und von Bestrafung der Gesetzesverächter hört man kaum etwas. Das läge Borgehen gegen solche Unternehmer reizt geradezu zu Mißachtung der Bestimmungen auf. Daher erklären sich die vielen Unfälle und die vielen Katastrophen, bei denen Hunderte Menschenleben vernichtet oder beschädigt werden.

Noch ist die Katastrophe von Zeche „Vorussia“ in lebhafter Erinnerung und nun schon wieder ein Schachteinsturz! Auf Zeche „Bruchstraße“ ist am Dienstag der Förderer eingestürzt. Nur dem glücklichen Zufall, daß der Einsturz nicht während der Menschenförderung erfolgte, ist es zu danken, daß nicht wieder eine Menge Bergleute tot unter dem Schachte liegt. Das ist kein Verdienst des Unternehmers. Trotz Bergbehörde, trotz der bezüglichen Vorschriften sind noch eine Menge Schächte in einem Zustand, der ähnliche Katastrophen an jedem Tage von neuem bringen kann.

Nach dem Unglück von „Vorussia“ wurden geradezu skandalöse Verhältnisse bekannt; es fruchtete nichts. Auch dieses Unglück konnte wieder passieren. Der Unternehmer allerdings hat keinen Schaden. Nun, wo der alte Schacht unbrauchbar geworden ist, kann sofort ein schon fertiger, neuer Schacht in Betrieb genommen werden! Vielleicht spendet man dem Herrn Stimmes für seine Vorsehung noch gar ein Lob. Wir sind aber der Meinung, daß in dem alten Betriebe die erforderliche Vorsicht gefehlt, daß man die Katastrophe in unverantwortlicher Sorglosigkeit verschuldet hat. Von der Tatsache aus, daß man hier wieder viele Menschenleben in Gefahr gebracht hat, ist die Angelegenheit zu beurteilen; der glückliche Zufall entschuldigt nichts. Kann man nachweisen, daß das Unglück passierte, obwohl alle Vorsichtsmaßnahmen beobachtet worden sind? Diesmal kann man nicht gut mit der Entschuldigung kommen, dem Unternehmer habe es an Kapital gefehlt. Der Besitzer Stimmes ist einer der reichsten Leute.

Wann wird endlich auch gegenüber dem plündernden Kapital die persönliche Unverletzlichkeit, der Schutz für Gesundheit und Leben der Arbeiter als oberster Grundsatz zur Anerkennung gebracht? —

Schweiz.

Bei der Gießerei Morshach bestand seit mehreren Wochen wegen Lohn- und Organisationsfragen ein Streik. Der Firma gelang es, aus Elßig neue Arbeiterkräfte zu gewinnen. Zwischen diesen und den Streikenden gab es schon in den letzten Tagen kleinere Zusammenstöße. Da der Streik aussichtslos schien, herrschte große Erbitterung unter den Arbeitern. Die Arbeiterunion veranstaltete gestern abend einen großen Demonstrationenzug vor der Fabrik und Wirtschaft „Zur Traube“, wo die Streikbrecher logierten. Trotz Abmahnens der Führer und trotz des Widerstands der Kantons- und Ortspolizei wurde die Gießerei gestürmt und zum größten Teil zerstört. Auch drangen die Demonstranten in die Wirtschaft „Zur Traube“ ein, zerstörten Fenster und Türen sowie das Mobiliar. Die Insassen mußten flüchten. Der Aufbruch dauerte bis nachts 1 Uhr. Durch Generalmarsch wurde nachts 11 Uhr in St. Gallen das diensttuende Landwehr-Bataillon durch das Militärdepartement aufgebildet. Mit dem Nachzug wurden zwei Kompanien nach Morshach beordert. Es erfolgten mehrere Verhaftungen.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Niederlage der Scharfmacher.

Aus Dresden wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Mit einem glänzenden und schnellen Erfolg der organisierten Arbeiterkraft hat die von der Maschinen- und Fahrradfabrik Seidel u. Raumann (Allianzgesellschaft) mit Unterstützung des Verbandes der Metallindustriellen eingeleitete terroristische Aktion geendet. Um die eines Lohnzugs wegen freikommenden 120 Arbeiter dieses Betriebes zu veranlassen, bedingungslos zur Arbeit zurückzuführen und die übrigen Arbeiter einzuschüchtern, wurden die 2000 Arbeiter der Firma vollständig ausgeperrt, auf Straßen geworfen und Versammlungsorte des Metallarbeiterverbandes in provokierender Weise zurückgewiesen. Man hat sich aber gründlich getäuscht. Die Arbeiterkraft von Seidel u. Raumann hat diese Firma einmal gezeigt, daß organisierte Arbeiter nicht mehr so mit sich umbringen lassen als früher, wo nur ein kleiner Bruchteil der Organisationen angehöre und daß daher die Zeiten vorbei sind, wo Arbeiter vor dem Lachen und dem Hohn der Direktion mit der gebotenen Hand in der Tasche zu stehen trugen. Mit seltener Einmütigkeit und Kampfeslust nahmen die Arbeiter im Vertrauen auf ihre Organisation den ihnen aufgezwungenen Kampf auf.

Als die Firma die Wirkung ihrer Schändlichkeit erkannte und sah, wie die Dinge lagen, zog sie bald andere Register auf. Schon am anderen Tage erklärte sich dieselbe Generaldirektion, die erst jeden Verhandlungsversuch stolz zurückgewiesen hatte, zu Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß, der für sie fast gar nicht existierte, dessen Vorkommen sie aber gelegentlich wahrregte, brach. Der Arbeiterausschuß kam und fand eine — Deputation des Verbandes der Metallindustriellen vor, die auch die Vermittlerrolle übernehmen zu wollen. Die Arbeiter erklärten, mit den Vertretern des Metallarbeiterverbandes nur dann verhandeln zu wollen, wenn auch Vertreter ihrer Gewerkschaftsverbände zu den Verhandlungen zugezogen würden. Darauf kam die Antwort der Generaldirektion: So lange wir einen, kommt kein Vertreter des Verbandes stehen. Darauf lehnte der Arbeiterausschuß jede Verhandlung mit Vertretern des Metallarbeiterverbandes ab. Es erklärte sich dann die Direktion selbst zu Verhandlungen bereit.

Die von der Organisation der Arbeiter formulierten Forderungen lauten: Aufhebung aller Strafen bei den Schließern, Aufhebung aller Strafen an die alten Werke. Die Firma erklärte sich bereit, die Lohnsätze rückgängig zu machen bis auf die für die Arbeiter. Letztere sollten außerhalb der Fabrik angefertigt werden. Nach der Aufhebung aller Strafen innerhalb einiger Tage wurde folgende Forderung gestellt: Die Arbeiter sollten die Arbeit wieder aufnehmen können und die Forderung der Lohnsätze abgelehnt werden auf einer öffentlichen Versammlung der Metallarbeiter, genauer Bestimmung der Tage, an welchen die einzelnen Abteilungen die Arbeit wieder aufnehmen können und die Forderung der Lohnsätze, den jeder annehmen will, sollte durch eine Kommission durch die Firma abgelehnt werden, unter Vorbehalt der Forderung der Lohnsätze nach der Aufhebung aller Strafen. Diese Forderungen sind bei einer zweiten Verhandlung unter einigen unwichtigen Einschränkungen mitgeteilt worden. Unsere Forderungen der früheren Verhandlungen wurden nicht zurückgegeben und auch die Arbeitergruppe bestimmt, die

bereits am Donnerstag die Arbeit wieder aufnehmen sollte, während andre, die der Vorarbeit der Schleifer bedürfen, nach 1 bis 2 Tagen wieder anfangen sollen. Die Direktion hat zugesichert, daß jeder Arbeiter, auch die streikenden Schleifer, wieder an seinen alten Platz kommen sollte. Auf die Frage, was mit den arbeitswilligen Schleifern würde, hat die Direktion erklärt: Die alten Schleifer sollen die Arbeitswilligen erklären: „Lieber Freund, hier ist mein Platz, geh weg.“ Das Abgibt werde die Firma regeln. Die Reverte sollen nur den Arbeitern vorgelegt werden, die als Unorganisierte eine Unterstützung von der Firma direkt fordern.

Diese Zugeständnisse wurden von den Ausgesperrten akzeptiert und einstimmig beschlossen, die Arbeit am Donnerstag wieder aufzunehmen. Gleichzeitig wurde aber durch einstimmige Annahme einer Resolution erklärt, daß jeder Arbeiter, der eine Unterstützung von der Firma auf Grund des Reverte fordere, als Verräter betrachte werde. Donnerstag früh wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Dieser Ausgang der Bewegung bedeutet einen schönen Erfolg der Arbeiter, und sie haben ihn allein ihrer Organisation zu verdanken. Erst als die Metallarbeiterfirma die Macht der Organisation gefühlt hat, gab sie nach. Ohne ihre Organisation wären die Arbeiter rasch zu Paaren getrieben worden. Die Generaldirektion hat zwar Unterhandlungen mit den Vertretern der Organisation abgelehnt, sie hat aber nicht hindern können, daß diese Vertreter in Wirklichkeit die Arbeiterforderungen bestimmten und die ganze Bewegung maßregelt leiteten. Ja, diese Generaldirektion, die erst so wegweisend über die Organisation der Arbeiter urteilte, hat sich genötigt gesehen, Führung mit den verhassten Organisationsleitern zu suchen. Der Generaldirektor Förster erschien zwar nicht selbst im Bureau des Gewerkschaftsverbandes vom Metallarbeiterverband, er schickte aber seine „rechte Hand“, den Beamten Bösch, der um die Erlaubnis nachsuchte, in der Versammlung etwaige Aufklärungen oder Ergänzungen über die gepflogenen Unterhandlungen im Auftrag des Generaldirektors geben zu dürfen. Das wurde gestattet und der Vertreter der Firma bewährte sich auch als vorsichtiger Vermittler. Hat sich sonach auch die Direktion bis zuletzt geweigert, mit den Vertretern der Gewerkschaftsverbände zu unterhandeln, so hat sie doch vor der Macht der Organisation kapituliert, zwar nicht bedingungslos, eine Kapitulation aber ist es. Und diese Organisationen stehen jetzt neu gestärkt da. Während erst nur 75 Prozent der Arbeiter von Seidel u. Raumann organisiert waren, sind es jetzt 90 Prozent. Und natürlich wird dieser Erfolg wesentlich dazu beitragen, die gewerkschaftlichen Organisationen zu fördern und zu stärken. Die Macht der Organisation hat sich selten so leuchtend offenbart, wie in diesem so schnell und erfolgreich beendeten Kampfe.

Der Kölner Dachdecker- und Bauklempnerstreik.

ging am Montag fünfwohiger Dauer zu Ende. Zwischen dem Dachdecker- und dem Metallarbeiter-Verband auf der einen und dem Unternehmer-Verband auf der andern Seite kam eine Einigung zustande. Bei den Verhandlungen wurde der „christliche“ Verband nicht zugelassen, erstens wegen seines streikbrecherischen Verhaltens zu Beginn des Ausstandes, zweitens wegen seiner verschwindend geringen Mitgliederzahl. Auf Grund der Abmachungen dauert die Arbeitszeit vorläufig 9 1/2 Stunden. Sie verringert sich auf 9 Stunden, sobald für die Maurer und Zimmerer eine Arbeitszeitverkürzung eintritt. Der Lohn ist für die ersten beiden Jahre nach beendeter Lehrzeit 40 bzw. 45 Pf., von dann an für selbständig arbeitende Gesellen mindestens 52 Pf. Die diesen Lohn schon hatten, erhalten 6 Prozent Zusatz. Ueberstunden werden mit 20, Turnarbeiten mit 40 Prozent Zuschlag vergütet. Der Tarif gilt bis 1. Mai 1907. Ueber Tarifstreitigkeiten entscheidet eine gemeinsame Kommission.

h. Tischlerstreik in Bremerhaven-Geestemünde.

Lehe. Dort stellten die Kollegen kürzlich folgende Forderungen: 1. Minimallohn von 43 Pf. pro Stunde; 2. Sonnabends 1 Stunde und an Vorabenden zu hohen Festtagen 2 Stunden früher Feierabend, volle Entlohnung dieser Stunden; 3. Lohnhöhung ab 1. September 1905 um 2 1/2 Pf., ab 1. April 1906 um weitere 2 1/2 Pf. pro Arbeitsstunde; 4. Ueberarbeit soll möglichst vermieden werden, wo sie jedoch unumgänglich, hat bis 8 Uhr abends ein Lohnzuschlag von 15 Pf. pro Stunde, nach 8 Uhr abends und für Sonntagsarbeit ein solcher von 25 Pf. pro Stunde zu erfolgen. Diese Forderungen wurden mit den fortgesetzt gestiegenen Lebens- und Lebensmittelpreisen und damit begründet, daß die Löhne der Tischler mit denen der Maurer und Zimmerer nicht gleichen Schritt gehalten hätten. — Die Antwort der Meister war außer einem Wechsel auf die Zukunft ein sichtbarer Verweis dafür, daß die Unternehmer Zeit zu gewinnen trachteten. Dem wollten die Gesellen einen Niegel vorchieben und traten ihrer 80 am Montag in einen partiellen Streik ein. Dieser hat sich gestern noch ausgedehnt, so daß er jetzt an die 150 Tischlergesellen umfaßt. Jeder Tischlergeselle meide die Unterverwerter, damit der Lohnkampf gewonnen werde.

Die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter in Apolda.

Apolda ist in überraschend kurzer Zeit zu einem friedlichen Abschluß gebracht worden. Nachdem der von der organisierten Arbeiterkraft ausgesprochene Boykott bereits in den ersten Tagen eine empfindliche Wirkung ausübte, hat es die Direktion der Apoldaer Vereinsbrauerei H.-G. vorgezogen, sich mit ihren Arbeitern zu verständigen. Dem abgeschlossenen Vergleich hat eine am 3. September in Apolda stattgefundene Versammlung des Verbandes der Brauereiarbeiter, der Vertreter des Gewerkschaftsartells und der Vorstände der einzelnen Gewerkschaften einstimmig zugestimmt. Nach dem Abkommen sind die vom 5. September 1905 an gezahlten Löhne um 3 Mark höher wie im Frühjahr dieses Jahres. Die Arbeitszeit ist um eine Stunde verkürzt, und zwar von 11 auf 10 Stunden. Ueberstunden werden mit dem anderthalbfachen Betrage des Lohnsatzes vergütet. Das Koalitionsrecht der Arbeiterkraft wird in vollem Umfange anerkannt. Die weitergehenden Forderungen werden bis auf weitere Zeit zurückgestellt. Der Boykott wird sofort aufgehoben.

Das Fleisch im Haushalt der Arbeiterfamilie.

Wieviel gibt eigentlich eine Arbeiterfamilie im Laufe eines Jahres für Fleisch aus? In Zeiten der Fleischnot, wie wir sie jetzt haben, ist diese Frage doppelt wichtig. Zu ihrer Beantwortung für Berlin liegt Material vor in der Veröffentlichung des Berliner Statistischen Amtes, die über „Lohnermittlungen und Haushaltsrechnungen der minderbemittelten Bevölkerung im Jahre 1903“ berichtet.

Von den 908 Haushaltungen, die da berücksichtigt sind, wurden im ganzen Jahre 1 605 218,86 Mark ausgegeben. Davon kamen auf Nahrungsmittel im Hause 778 756,46 Mk. und hiervon auf Fleisch 139 157,70 Mark, auf Speck und Wurst 90 105,60 Mark. Der Durchschnitt pro Haushaltung ist mehr als 150 Mark für Fleisch und fast 100 Mark für Speck und Wurst. Hiernach läßt sich beurteilen, wie schwer die Arbeiterbevölkerung durch eine Fleischverteuerung belastet wird, die den Preis des Fleisches um 10 Prozent steigert. Entweder muß das verteuerte Fleisch zum Teil durch andere billigere Nahrung ersetzt werden, oder die Mehrausgaben, die der höhere Preis verursacht, müssen aufgebracht werden durch Einschränkung anderer Ausgaben.

Das eine ist meist nicht möglich ohne Schädigung des Ernährungszustandes und der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit. Das andre aber ist deshalb schwer möglich, weil ein Arbeiterhaushalt nicht mit einem Uebermaß entbehrlicher Ausgaben belastet ist und nicht mit Ueberflüssen, sondern eher mit einem Defizit abschließt. Die 908 Haushaltungen hatten, wie oben gesagt, 1 605 218,86 Mark Ausgabe, verfügten aber nur über 1 589 546,54 Mark Einnahme. Das Fehlende wurde entweder gepumpt oder aus etwaigen Spargroßen gedeckt. Dabei verdienten außer den Haushaltungsvorständen noch 744 andre Personen mit, aber auch dadurch konnte das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe nicht hergestellt werden.

Das sind die Hauptzahlen; in einzelnen liegen die Dinge natürlich nicht überall gleich. Oft liegen sie besser, oft auch noch schlechter. Gegenüber den Hauptzahlen wird die Zunkerfippe, die selber im Essen, Trinken und noch manchem andern sich nichts abgehen lassen mag, darauf hinweisen, daß der Arbeiter z. B. durch Verzicht auf den Alkohol die Mehrausgaben aufbringen könne. Für manche Familien mag das zutreffen, bei andern aber ist auch hiernüt nichts zu machen — aus dem einfachen Grunde, weil sie für Alkohol beinahe nichts ausgeben und dennoch mit ihrem Etat schwer oder gar nicht zurechtkommen.

Aus den einzelnen Haushaltungen greifen wir als Beispiel eine Haushaltung mit 9 Personen heraus, die sich mit einem Jahreseinkommen von 1206,00 Mark behelfen muß. Bei 9 Personen ist das natürlich eine schwierige Aufgabe, und man kann sich nicht wundern, daß die Ausgaben in Wirklichkeit die Höhe von 1374,95 Mark erreichten. 875,85 Mark gingen drauf für Nahrung im Hause. Auf Fleisch

kamen hiervon aber nur 125,40 Mark, auf Speck und Wurst nur 89,95 Mark — in einem ganzen Jahre. Die Familie möge sich glücklich preisen, daß sie für Fleisch usw. nicht mehr ausgibt. So braucht sie wenigstens, wenn die Fleischpreise um 10 Prozent steigen, ihre Schuldenlast pro Jahr nur um 12½ Prozent zu steigern, und selbst wenn Speck und Wurst in derselben Weise verteuert werden, macht das immer erst ein Plus von 4 Mark. Man sieht, wie nützlich es ist, den Schmachtriemen von vornherein fest anzuziehen. Freilich darf dazu nicht noch die Milchverteuerung kommen, die die Agrarier uns ja gleichfalls aufpacken möchten, damit sie selber desto flotter prassen können. Diese Familie ist nämlich so unvorsichtig, im Jahre 135,20 Mark für Milch auszugeben. Schraubt man uns auch noch den Milchpreis um 10 Prozent hinauf, was ja pro Liter Vollmilch „nur“ 2 Pf. ausmacht, so darf die Familie, mit der wir es hier zu tun haben, sich ein Schuldenplus von 13½ Mark buchen.

Was mag nun der Vater für den Alkohol ausgeben? Für Essen im Wirtshaus hat er 10,20 Mark gebucht, für Trinken im Wirtshaus keinen Pfennig. Für Bier im Hause sind wir 10,20 Mark notiert, für Branntwein im Hause 2,70 Mark. — immer als Jahresausgabe. Die Abstinenten werden sagen, auch das sei noch zu viel. Aber wer nicht Abstinente ist, kann kaum genügsamer im Alkoholkonsum sein, als dieser Hausvater es war. Auch mit Tabak hat er sein bißchen Geld nicht durchgebracht, für das ganze Jahr hat er hier nur 2,60 Mark gebucht. Und trotz aller Genügsamkeit gat er doch noch mit einem Defizit von 170 Mark abgeschlossen.

Will man mehr Beispiele dieser Art? Wir könnten den Nahrungsmittelverteuern mit weiterem Material dienen, wenn sie's wünschen. Wie gemeinschädlich ihr wucherndes Treiben ist, das ist an solchen Arbeiterhaushalten deutlich zu erkennen. Wenn da das Fleisch oder sonst irgend ein wichtiges Nahrungsmittel erheblich im Preise steigt, dann kann von einer neuemswerten Einschränkung anderer Ausgaben nicht die Rede sein. Da hilft dann nur ein Mittel — da heißt es darben und hungern. —

Anträge zum Parteitag.

Zum Parteitag in Jena werden vom „Vorwärts“ die eingegangenen Anträge (108 an der Zahl) und Resolutionen (12) publiziert. Allein 50 Anträge beziehen sich auf die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts.

Die Frankfurter Parteigenossen beantragen zur Geschäftsordnung: „In seiner Eröffnungssitzung wählt der Parteitag eine Kommission zur Umarbeitung des Organisationsentwurfs, bei welcher die zur Organisationsfrage gestellten Anträge als Material zu benutzen sind.“

Anträge zur Tagesordnung wollen eine Vermehrung derselben um: „Die Alkoholfrage“, „Der gegenwärtige Stand der Sozialgesetzgebung in Deutschland“, „Jugendorganisation“, „Partei- und Genossenschaft“, „Die Krankenversicherung“, „Weltpolitische Zustände und Proletariat“, „Die reaktionären Anschläge gegen die Arbeiterchaft in der Krankenversicherung“, „Die Wandlungen der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie“.

„Die auswärtige Politik der deutschen Reichsregierung unter spezieller Berücksichtigung der Rechte des Volkes“, „Die Arbeiterversicherung in Deutschland“. Auch für die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitags, um den sich lebhaft Mannheim bemüht, werden Vorschläge gemacht, z. B. von Breslau, das die Debatierung der Frage Sozialdemokratie und Strafrechtsreform verlangt.

Die Anträge zur Maifeier gehen alleamt auf größere Arbeitsruhe.

Zur parlamentarischen Tätigkeit wird beantragt: „Die Reichstagsfraktion hat in einer geschlossenen Sitzung Auskunft zu geben über die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten und Bestimmungen im Reichstag seitens unserer Abgeordneten.“ — „Die Reichstagsfraktion möge dahin wirken, daß in absehbarer Zeit im Reichstag der Punkt 6 unseres Programms (Trennung des Staates von der Kirche) zur Verhandlung kommt.“ — „Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag energisch die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr im Altersversicherungsgesetz zu verlangen.“ — „In voller Würdigung der bisher von der Reichstagsfraktion für eine Reform des Militärstrafwesens entwickelten Tätigkeit erachtet der Parteitag die Fraktion, der Frage auch künftig besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und für eine Reform des militärischen Strafvollzugs zu wirken.“ — „In Anbetracht der überaus langen, jeder Kontrolle entbehrenden Arbeitszeit der ungelerten Arbeiter, besonders der Handelshilfsarbeiter, sowie überhaupt aller Transport- und Verkehrsarbeiter, wolle der Parteitag die Reichstagsfraktion ersuchen, bei Zutritt des Reichstags einen Gesetzesentwurf einzubringen, durch welchen die tägliche Arbeitszeit der obengenannten Berufe auf höchstens 10 Stunden festgelegt und die Sonntagsarbeit so weit als möglich eingeschränkt wird.“

Zum Punkt „Presse“, der sich auch auf die Broschüren, „Neue Welt“, Raizeitung und Flugblätter bezieht, werden die besten Anregungen gegeben. Wir heben hervor: „Der Parteitag erücht den Parteivorstand, Schritte zu tun zur Gründung eines Zentralorgans der internationalen Sozialdemokratie“. Dasselbe soll zunächst in englischer, französischer und deutscher Sprache abgefaßt sein und mindestens einmal jeden Monat erscheinen.“ — „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Maßregeln zu treffen, durch welche die Herausgabe und der Vertrieb der Parteischriften einheitlich geregelt wird.“ — „Alljährlich sind im Frühjahr Flugblätter aufklärenden Inhalts an diejenigen jungen Leute zu verteilen, deren Einziehung zum Militär in demselben Jahre stattfinden soll. Besonders die Militärgerichtsurteile und Soldatenmishandlungen sind in diesen Flugblättern zu berücksichtigen.“ — „Den Parteivorstand zu beauftragen, baldmöglichst ein Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands herauszugeben, in welchem auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion für die Forderungen der Gewerkschaften hingewiesen wird. Dieses Flugblatt ist den in Betracht kommenden Gewerkschaftsblättern als einmalige Beilage zur Verfügung zu stellen.“

Unter „Sonstige Anträge“ finden wir: „Der Parteitag anerkennt ausdrücklich das Recht der Gewerkschaften, durch von ihnen dazu bestimmte Vertreter gemeinsam mit den Vertretern der Partei resp. der Fraktion in allen die Interessen der Gewerkschaften wie der Partei in gleichem Maße berührenden Fragen zusammenzutreten und diesbezügliche Resolutionen für den Parteitag und den Gewerkschaftskongress sowie Gesetzesvorschläge usw. für den Reichstag vorzubereiten und zu beschließen. Die praktische Durchführung dieses Beschlusses wird dem Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands überlassen.“ Mehrere Resolutionen wenden sich gegen die Diskussionen zwischen Parteiblätern, namentlich „Leipziger Volkszeitung“ gegen „Vorwärts“.

Aus der Gesamtheit der Anträge sieht das heisse Bestreben hervor, die richtigen Mittel und Wege zur inneren Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit zu weisen. —

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Doktor Ohlshoffs Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.

(48. Fortsetzung.)

„Ein sonderbares Zusammentreffen“, sagte Sophie. „Allerdings, sonderbar, und doch auch wieder natürlich, da der Tod der Dame so kurz vor dem Verschwinden Ihres Gatten erfolgte. Kein Wunder, daß sich eine der Notizen mit dem vielleicht medizinisch interessanten Fall beschäftigt. Für uns wird das Kryptogramm da allerdings nicht viel bedeuten.“

Etwas enttäuscht fuhr er in der Entzifferung des Inhalts fort.

„Ich hatte recht, die Kreuze sind nur dazu da, die einzelnen Worte zu trennen. Sätze ich neben Neffe, Jahn und Nahn auch Jöhre versucht, so wäre es mir vielleicht gelungen, die Formel zu finden, aber der Name Jöhre ist in meiner Heimat nicht üblich.“

Während er so plauderte, hatte der Professor nach und nach alle zehn Zeilen in die vorgeschriebene Ordnung gebracht und das mit etwas fliegender Stimme die Uebersetzung vor:

„S. v. Jöhren, gest. 29. 11. 95, nachts 1 Uhr. Kind gest. 10 Min. früher. Totenschein ausgestellt 1 Uhr 10 Min.: sofort zu ändern.“

Der Professor stutzte. „Was heißt das? Kind gestorben zehn Minuten früher? Hat denn der Herr von Jöhren auch zugleich mit seiner Gemahlin ein Kind verloren?“

„Natürlich, sein erstgeborenes und einziges — die Mutter starb im Wochenbett, und das schwächliche Wesen fast zur selben Zeit. Haben Sie nicht davon gehört? Man sprach doch überall davon.“ äußerte Sophie verwundert.

„Ich kann mich nicht erinnern“, entgegnete Rodbert. „Uebrigens muß hier ein Schreibfehler vorliegen. Es steht hier: Kind gestorben 10 Minuten früher, aber Totenschein ausgestellt 1 Uhr 10 Minuten — nicht doch, der Doktor hat ja die Bemerkung „sofort zu ändern“ hinzugefügt, es scheint also bei der Ausfertigung des Totenscheines ein Irrtum untergelaufen zu sein. Hat Ihr Herr Gemahl davon etwas gegen Sie erwähnt?“

„Er sprach niemals über Berufsangelegenheiten. Ich habe aber, wie ich mich erinnere, ihm die seltsame Geschichte selber mitgeteilt.“

„Welche seltsame Geschichte? Meines Wissens ist ein Fall, wie der von Ihnen berichtete, unter den betreffenden Umständen nicht allzu selten.“

Sophie erwiderte, das sei wohl wahr, hier spiele aber noch ein anderer Umstand mit, wohl geeignet, den Fall besonders interessant zu gestalten. „Die zehn Minuten“, erzählte sie, „welche das kleine Wesen später verschieden ist als seine unglückliche Mutter, tragen dem Vater — dem Herrn von Jöhren — eine Million Mark ein.“

„Eine Million Mark — wie ist das möglich?“

„Wäre das Kind vor der Mutter gestorben, so würde das von der Frau dem Herrn von Jöhren zugebrachte Vermögen an ihre Eltern zurückfallen — so aber beerbt das Kind seine Mutter und der Vater sein Kind.“

Der Professor starrte mit sonderbarem Ausdruck auf das Papier in seiner Hand.

„Ist das verbürgt, was Sie mir sagen, gnädige Frau?“

„Ich habe es allerdings nur gesprächsweise gehört, in die Verhältnisse der Familie bin ich absolut nicht näher eingeweiht. Die Sache rief außerordentlich große Sensation hervor, an allen Stammtischen wurde darüber geredet. Ich wundere mich, Sie so wenig informiert zu sehen.“

„Ich entjüme mich allerdings, daß in meinem Zweifelhäus kürzlich über den Fall debattiert worden ist. Ich ässinierte das Ganze aber für nichts weiter als gewöhnlichen Blatsch, hatte auch den Kopf mit der Angelegenheit Ihres Herrn Gemahls viel zu voll, um auf derlei Stammtischgespräche acht zu geben.“

Noch immer starrte Rodbert auf das Papier. Seine Aufmerksamkeit schien zwischen der Konversation und einem Gedanken geteilt, der ihn mächtig ergriffen hatte.

„Ja, ja, kein Zweifel“, rief er auf einmal. „Sofort zu ändern — hier steht es ja. Das Kind ist vor der Mutter gestorben, das Vermögen fällt also, wenn kein Irrtum des Publikums vorliegt, an die Eltern der Frau zurück.“

„Es fällt aber nicht an sie zurück, sondern der Erbe ist Herr von Jöhren.“

„So sagt man?“

„So hab' ich es seinerzeit von wohlunterrichteter Seite gehört.“

„Daraus würde hervorgehen, daß Herr Doktor Ohlshoff keine Zeit mehr gehabt hat, den Totenschein zu ändern — hm — und eben dieser Herr von Jöhren ist es gewesen, der ihn in Frankfurt zuerst gesehen hat.“

Sophie stützte sich auf den Tisch, ihre auf dem Mahagonigeleis liegende Hand bewegte sich wie im Krampf.

„Sie — Sie wollen doch nicht behaupten, Herr Meßner —“

Sie wagte nicht, den furchtbaren Gedanken auszusprechen.

Der Meßner fand angesichts des vor ihm auftauchenden Prospekts seine gewohnte Kaltblütigkeit wieder.

„Ich behaupte noch nichts“, lautete seine ruhige Gegenklärung. „Wenn mich nicht alles trügt, so gehören die darunter folgenden Bemerkungen ebenfalls zu unserer Notiz. Vielleicht erhalten wir durch sie weiteren Aufschluß.“

Die Decodierung war diesmal, mit Hilfe des Schlüssels, das Werk weniger Minuten.

Der Meßner las erst für sich die erhaltenen Sätze, seine Augen begannen zu leuchten, seiner Brust entrang sich ein tiefer Atemsug.

Unwillkürlich ahnte Sophie, deren Blick mit ängstlicher Spannung an ihm hing, letztere Bewegung nach. Keine Frage kam über ihre Lippen, aber ihr Herz klopfte fiebernd der Antwort entgegen, die zu vernehmen sie sich doch auch fürchtete.

„Gnädige Frau, Sie selbst haben Ihrem Gemahl von der Erbchaft des Herrn von Jöhren erzählt?“

„Ja“, entgegnete sie.

„Wann ist das gewesen? Können Sie sich heinennen?“

„Es war mittags bei Tisch — an welchem Tage, weiß ich nicht mehr.“

„Sie wußten doch, daß Ihr Gatte Mutter und Kind in Verhandlung gehabt?“

„Das wußte ich.“

„Gibt denn Ihre Erzählung dem Herrn Doktor keine Veranlassung zu irgend einer Bemerkung?“

„Er brummte ein paar Worte in den Part hinein: So, so, das ist ja ein köstlicher Tuschel, oder so etwas Aehnliches. Aber ich — ich erinnere mich jetzt, daß er sehr nachdenklich wurde.“

(Fortsetzung folgt.)

Soziales.

Die „schlaunen“ Handwerksmeister. Ein ganz neues Mittelpreissverfahren bei Submissionen ist von zwei Glasern in Mainz gefunden worden. Das Bauamt dieser Stadt hatte für das neue Oberrealschulgebäude Glasarbeiten ausgeschrieben und unter andern auch von einer Großfirma in Ludwigshafen, die schon einmal früher für ein andres Schulhaus gut und preiswert geliefert hatte, und von zwei Mainzer Glasern Offerten erhalten. Da die Eingabe von Ludwigshafen 800 Mark niedriger war, als die der zwei Glasermeister, hätte das Bauamt eigentlich dazu kommen müssen, die Arbeit der Großfirma in Ludwigshafen, die sich, wie gesagt, über gute Leistungen bereits ausgewiesen hatte, zu übertragen. Glücklicherweise erinnerte es sich aber noch jenes Entzückungssturmes, der damals, als die Glaserarbeiten für das andre Schulgebäude nach Ludwigshafen gingen, unter den Gewerbetreibenden von Mainz ausgebrochen war, und schlug die Arbeit den zwei „einheimischen“ Meistern zu. Groß war aber nachher das Erstaunen, als die fertige Arbeit nicht aus der Stadt, sondern aus Ludwigshafen kam. Unsere zwei Meister wurden alsbald auf das Bauamt bestellt. Dort gaben sie munturwunden zu, daß sie die Arbeit an die mitkonkurrierende Großfirma nach Ludwigshafen weiter vergeben hätten. Die 800 Mark, um die ihre Offerte höher gewesen sei, als die der auswärtigen Firma, seien von ihnen für die „Vermittlung“ eingestrichen worden. Das Stadtbauamt wird es sich in Zukunft wieder angelegen sein lassen, die „einheimischen Steuergähler“ besonders zu berücksichtigen. Die zwei Glasermeister aber sind in der Achtung ihrer Handwerksfreunde um einige Grade gestiegen, denn diese Art, die Gemeinde zu „vermüthchen“, ist durchaus legal. So holt man für das Handwerk den „goldenen“ Boden sich wieder. —

14. Vollversammlung der Handwerkskammer Magdeburg.

Magdeburg, 6. September 1905.

Um 10 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Kammer, Maurermeister W. Schökel, die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung. Anwesend sind u. a. der Oberbürgermeister Schneider, der Kommissar der Handwerkskammer, Regierungsrat Auffahrt (gleichzeitig als Vertreter des Regierungspräsidenten), Regierungsrat Seller als Vertreter des Oberpräsidenten.

Es sind 41 Vertreter der Innungen und 6 Mitglieder des Gesellenausschusses anwesend.

Der Geschäftsbericht wird vom Vorsitzenden, Herrn W. Schökel, erfaßt. Von den im Kommerzialbezirk vorhandenen 224 Innungen haben 156 auf eine Umfrage beizüglicher Erhebungen geantwortet. Diese 156 Innungen haben 8709 Mitglieder, welche 11798 Gesellen und 5597 Lehrlinge beschäftigen. Von einer Lehrlingszucht konnte wenigstens bei den Innungsmeistern nach dieser Statistik keine Rede sein. (?) Lehrlinge wurden insgesamt 1176 gelehrt. Bei der Festlegung von Gesellenstücken können einzelne Teile des Stückes an Maschinenarbeit hergestellt werden, da dadurch Hand und Auge gefastet werden und zur Handhabung der Maschinen auch eine Handfertigkeit gefordert. (Eine kleine Anzahl von den Fortschritt! D. B.) Der Meisterprüfung unterzogen sich 18 selbständige Handwerker und 58 Gesellen. Die 17402 im Kommerzialbezirk gelegenen Betriebe zahlen insgesamt eine Gewerbesteuer von 21355 Mark, sie werden mit 14 Prozent dieser Steuer zu den Lasten der Handwerkskammer herangezogen, von Betrieb im Durchschnitt 1,64 Mark (Vorjahr 1,39 Mark). Die Genossenschaften haben sich im Kommerzialbezirk nicht so entwickelt, als zu erwarten war. Die Innungsmitglieder haben dieser Frage mehr Beachtung zuwenden.

Über die Ablehnung des Befähigungsnachweises durch den Kaiserhof referiert Herr Schökel. Das Handwerk muß geschützt werden, allerdings nicht durch enge, zünftlerische Grenzen. Die Handwerkskammer ist einem Hofe nach Würzburg gefolgt, wo die Anhänger des Befähigungsnachweises eine Tagung abhielten und sich in energischer Weise für die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises aussprachen. Es müssen fremde Kräfte, die kein Gewerbe erlernen haben, aus den Handwerkskreisen entfernt werden.

Der nächste Redner spricht von der zünftlerischen Gewerbefreiheit, die viele Innungen zugrunde gerichtet. Die Meister, die den Umzug gemacht haben, können sich ein rechtliches Interesse an der Ausbildung von Lehrlingen haben.

Über die Errichtung von Meisterkursen in Magdeburg, die von Herrn Thormählen geführt werden, berichtet Herr Schökel. Sie werden im Januar 1906 zunächst für Schneider und Schuhmacher eingerichtet.

Ein Redner hält die Errichtung der Meisterkurse für eine Wohlfahrtsmaßnahme, die nur wenigen Handwerkern zugute kommt. Herr Schökel erwidert, daß es bei der Errichtung von Meisterkursen nicht um einen Spezialkurs gehen soll, sondern um die Arbeiter zu einem höheren Stande zu erheben, der die Arbeiter mehr schätzt.

Regierungsrat Seller erwidert, daß der Staat zur Regierung zu haben, die richtige Mittel für Handwerker zur Verfügung stellt. Hinsichtlich der Errichtung von Meisterkursen wird dem Wunsch der Handwerker entgegengekommen werden.

Oberbürgermeister Schneider erklärt, Magdeburg bringe viele Vorteile für die Gewerbetreibenden, allerdings auch in Verbindung mit einem gewissen Nachteil. Die Vorteile sind die Erleichterung der Steuern und die Erleichterung der Gewerbesteuer. Der Nachteil ist die Erleichterung der Steuern und die Erleichterung der Gewerbesteuer. Die Vorteile sind die Erleichterung der Steuern und die Erleichterung der Gewerbesteuer. Der Nachteil ist die Erleichterung der Steuern und die Erleichterung der Gewerbesteuer.

Ein Redner erklärt die Wichtigkeit der Gewerbeprüfung. Die Gewerbeprüfung ist ein Mittel, um die Qualität der Gewerbe zu sichern und die Interessen der Verbraucher zu schützen.

Ein Redner spricht von der Wichtigkeit der Gewerbeprüfung. Die Gewerbeprüfung ist ein Mittel, um die Qualität der Gewerbe zu sichern und die Interessen der Verbraucher zu schützen. Die Gewerbeprüfung ist ein Mittel, um die Qualität der Gewerbe zu sichern und die Interessen der Verbraucher zu schützen.

Herr Kühne befragt, daß die jungen Meister resp. Gesellen, die die Meisterkurse besuchen, später den alten Meistern Konkurrenz machen. Er wünscht, daß die Gesellen hauptsächlich den älteren Meistern gewidmet werden. Das wird seitens des Vorstandes zugesagt. Beim nächsten Punkt der Tagesordnung wird festgestellt, daß der Handwerkskammer verschiedene Personen angehören, die wohl Innungsmitglieder sind, aber ihr Gewerbe nicht mehr ausüben. Dies ist ungesetzlich. Die betreffenden Mitglieder sollen aufgefordert werden, aus der Kammer auszuscheiden, können aber an der heutigen Sitzung noch teilnehmen. Stadtv. Niemann verläßt aber sofort die Versammlung; die andern Herren bleiben.

Es erfolgen einige Wahlen. Herr Schökel referiert über die Errichtung von Prüfungsanstalten für Fabriklehrlinge unter Bezugnahme auf einen diesbezüglichen Ministerialerlaß. Er empfiehlt, die jetzt meldeenden Lehrlinge vor den betreffenden Anstalten, die durch Angehörige von Spezialinnungen vermehrt werden können, zu prüfen.

Herr Herwig (Vorsitzender des Gesellenausschusses) verlangt eine Änderung der Prüfungsordnung, da man doch die Fabriklehrlinge, bei deren vielfachen Spezialarbeiten, nicht auf Grund der Bestimmungen für die Handwerkslehrlinge prüfen könne. Die Lehrlinge der Fabriken müssen nach einem andern Schema geprüft werden; ein Fabrikchloffer oder -schloffer kann doch nicht die Bedingungen eines im Handwerk ausgebildeten Schlossers oder Tischlers erfüllen. Wer in einem Spezialfach ausgebildet ist, könne doch ein sehr guter Arbeiter sein, auch ungenügend in der Handwerkslehre. Die Handwerkskammer ist mit der Prüfung der Fabriklehrlinge einverstanden; der Antrag wird einstimmig gegen die Stimme des Vorsitzenden des Gesellenausschusses angenommen, nachdem sich alle Redner gegen den Vorschlag Herwigs auf Änderung der Prüfungsordnung ausgesprochen haben. Die Prüfungsordnung können nur Zeugnisse als Dreher, Schlosser usw. erhalten, wer ein solches z. B. als Schlossergehülfe verlangt, müsse sich eben allen Bedingungen, die das Handwerk an einen solchen stelle, fügen!

Die Mitteilungen der Handwerkskammer, die jetzt zu wenig beachtet würden, sollen amtliches Verordnungsblatt für alle Innungen, Prüfungs- und Innungsausschüsse werden. (Man will das Blattchen von seiner Bedeutungslosigkeit heilen. D. B.) Das abgelaufene Geschäftsjahr weist inkl. 5546,45 Mark alten Bestandes eine Einnahme von 41548,30 Mark, eine Ausgabe von 40902,60 Mark auf. Bestand am 31. März 1905 645,50 Mark. Den Kassenbericht über die Ausstellung 1904 erstattet Herr Stettin. Die Finanzkommission hat sich erst neue Bücher anlegen müssen. Danach ist dann revidiert, so gut man es konnte. Die alten Bücher waren überhaupt nicht zu revidieren! Es waren ehrsüchtige Beamte mit den Geschäften betraut, denen aber die Arbeit über den Kopf gewachsen ist, woran auch die mangelhafte Anlage der Geschäftsbücher mit Schuld war. Wir stellen eine Gesamteinnahme von 263 153,76 Mark, eine Ausgabe von 255 569,98 Mark fest. Ueberschuss 12 292,80 Mark; es waren aber 150,16 Mark mehr in der Kasse! Für eine ganze Anzahl Posten waren keine Belege vorhanden. Die Herren Meyer und Schökel weisen Vorwürfe gegen den Vorstand entschieden zurück. Nachdem noch verschiedene Redner zu dieser Frage gesprochen, wird dem Vorstand Vercharge erteilt.

Herr Meyer ersucht, den Lungenheilstätten in Postau und Bogelhang je 1000 Mark aus dem Ueberschusse der Handwerkskammer zu überweisen. Herr Thierkopf stellt den Antrag auf nur je 500 Mark, zieht diesen Antrag später aber zurück. Herr Schröder ist gegen die Ueberschüsse an die Lungenheilstätten; man solle lieber notleidende Handwerker damit unterstützen. Die paar Pfennig machen für die Innungen der Lungenheilstätten nichts aus. (!) Herr Heintze und noch ein Redner schließen sich dem an.

Regierungsrat Auffahrt: Ueber die Sache kann heute nicht entschieden werden, da ein Vorstandsbescheid nicht vorliegt und Herr Meyer wohl nur einen Wunsch äußert. Ueberlassen Sie die Bestimmung über die Verwendung des Ueberschusses dem Vorstand. Es würde einen schlichten Eindruck machen, wenn in der Presse rüde, die Handwerkskammer habe die Bewilligung von Geld an die Lungenheilstätten abgelehnt! In der Sache wird kein Beschluß gefaßt, nachdem Herr Meyer erklärt, nur einen Wunsch über die Verwendung des Ausstellungserlöses geäußert zu haben, der auf der Innungsversammlung angelegt werden soll.

Der Statutenwurf für Errichtung einer Unterstützungs-kasse für bedürftige württembergische Handwerker, die nichts haben sparen können und mindestens 10 Jahre im Regierungsbezirk Magdeburg ihr Handwerk ausgeübt haben, wird nach einigen Änderungen angenommen.

Der Antrag Niemann auf Änderung der Kassenordnung und Anstellung eines vereideten Bücherrevisors wird, nachdem er vom Vorstand bekämpft wurde, abgelehnt. Der Schnitz-Innung zu händischen und der Barbier-Innung zu Dekorations werden Prüfungsrechte erteilt. Es erfolgen einige Mitteilungen über die Unterstützungs-kasse für selbständige Handwerksmeister in Krankheitsfällen. Schluß der Versammlung 2 1/2 Uhr. —

Vom Städtetag in Naumburg.

Der Städtetag, der am letzten Sonnabend stattfand, stand im Zeichen der Sozialpolitik. Alle drei Verhandlungsgegenstände: 1. Anstellung händischer Schulärzte und die damit verbundenen Aufwendungen. 2. Offiziell anerkannte Rechtsauskunftsstellen. 3. Anstellung von Schulärzten für die unteren Klassen der Jugend, unter dem Vorbehalt, in der Zukunft die soziale Lage unter mündelkinderarmen Eltern zu berücksichtigen. Dabei braucht man natürlich nicht zu denken, daß der Gedanke eine freiwillige Initiative ausgeht, sondern, daß die soziale Lage der Arbeiter zu sehen oder etwa gar die Arbeiter in ihrer sozialen Lage mittels ihrer Organisationen zu unterstützen. Einmal die Rechte der Arbeiter zu unterstützen, und dann an den Arbeiterorganisationen wohl zu denken, aber die Arbeiterorganisationen selbst, welche Herabwürdigung und Verachtung erfahren und, was noch schlimmer ist, die Früchte gar nicht genießen, das ist ein Widerspruch. Man bezaubert, man ist belächelt und man bekommt die schmerzlichen Neben des Scheiterns und demoralisiert den Arbeiter als Berufswahl, und dadurch an seiner Einnahme und Anerkennung. Das war auch auf dem letzten Boden des Städtetages in Naumburg nicht anders. Hier die soziale Lage der Arbeiter zu sehen, das ist das Wichtigste, was die Arbeiterorganisationen aufzubringen. In demselben Maße, in dem die Arbeiter geteilt. Eine Sozialpolitik, die den Arbeiter zu unterstützen, ist für die Arbeiterorganisationen ein Widerspruch. Die Arbeiterorganisationen sind die Träger der Sozialpolitik, und die Arbeiterorganisationen sind die Träger der Sozialpolitik. Die Arbeiterorganisationen sind die Träger der Sozialpolitik, und die Arbeiterorganisationen sind die Träger der Sozialpolitik.

Das ist heute so auch auf einem Städtetag noch gar nicht anders. Wenn solche Verhandlungen wie in Naumburg stattfinden, dann ist die Arbeiterorganisationen zu unterstützen, das ist das Wichtigste, was die Arbeiterorganisationen aufzubringen. In demselben Maße, in dem die Arbeiter geteilt. Eine Sozialpolitik, die den Arbeiter zu unterstützen, ist für die Arbeiterorganisationen ein Widerspruch. Die Arbeiterorganisationen sind die Träger der Sozialpolitik, und die Arbeiterorganisationen sind die Träger der Sozialpolitik.

Summarum drei Arbeiter-Vertreter: die Stadtbürgermeister von Magdeburg, Voigt-Bernburg und Dessau. 161 Vertreter des Bürgerturns, die den Leiden und Schmerzen der Arbeiter weit entrückt sind, mühen sich in weisevoller Tagung um das Leibliche und geistige Wohl der Minderbemittelten vom 6. bis zum 14. Schuljahr durch Einführung ärztlicher Schulaufsicht, vom 14. bis zum 17. Lebensjahre durch Fürsorge für die schulfähige Jugend, vom 17. Lebensjahre bis zum Lebensschluß durch Errichtung von Rechtsauskunftsstellen. Und während man so auf hohem Podium den Arbeiter von der Schulpflicht bis zum Grabe liebevoll in die Arme sozialpolitischer Fürsorge einschließt, hält man den Arbeiter selbst nicht für würdig und berechtigt, in mehr als drei von 100 Vertretern Augen- und Ohrenzeuge und Mitarbeiter dieser Fürsorgeaktion zu sein. Warum denn nur so was Widerspruchvolles, das unabweislich zu behebender Satire reizt? Warum geht denn die sozialpolitische Fürsorge nicht so weit, daß man den Arbeitern auch ein Gemeindevahlrecht gibt, das ihren Interessen wenigstens in dem Maße entspricht, in dem die Kommunalverbände sich mit Arbeiterinteressen zu beschäftigen heute genötigt sehen? Warum will man denn dem Arbeiter nur Wohlthaten und nicht auch Rechte — speziell besseres Gemeindevahlrecht und eine ausreichende Vertretung in den Kommunalverbänden überhaupt — geben? Gegebene Wohlthaten ohne Rechte sind in diesem Falle Danaergeschenke und haben im allgemeinen etwas Entwürdigendes an sich. Das wissen die Arbeiter, und wo sie es noch nicht wissen, da werden wir es ihnen sagen. Glücklicherweise ist das Selbstbewußtsein, die Erkenntnis des eignen Wertes, das Bewußtsein, daß die Würde des Menschen am besten gewahrt ist in dem Vertrauen auf die eigene Kraft, bei den Arbeitern gerade durch ihre Organisationen gesteigert, so gesteigert, daß sie stolz sind auf den kleinsten Erfolg, den sie mit ihrer Organisation, d. h. durch ihre eigene Kraft errungen haben und auf alle gnädig gewährte Fürsorge verzichten, wenn man ihnen dieselben Staatsbürgerrechte und Freiheiten zuerkennt, die heute noch ein Vorzug des Besitzes sind. Dieser entwickelte Sinn für Selbständigkeit und gleiches Recht ist den Arbeitern der Urquelle ihrer Macht, den eine gewisse Sozialpolitik vernichten will im Interesse des Massenstaates, den wir Arbeiter aber weiter entwickeln wollen und müssen im Interesse des sozialen Fortschritts. — Damit ist die Situation klar, über die wir weder uns noch andern blauen Dunst vormachen wollen.

Wenn in vorstehendem als nachgewiesen gelten kann, daß die Städtetage heute eine dem Arbeiter nützliche Sozialpolitik noch nicht treiben können, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß diese Tagungen für den Arbeiter etwa weniger Bedeutung haben. Im Gegenteil, jede öffentliche Tagung, die sich mit sozialen Problemen beschäftigt, hat für die Arbeiterklasse Bedeutung, und diejenigen Tagungen, die den Arbeiterorganisationen nicht freundlich gesinnt sind, wie der Städtetag in Naumburg, verdienen vielleicht die größere Beachtung. Die Arbeiterorganisationen sind eben noch nicht mächtig genug, um auch einem Städtetag den Stempel des sozialen Fortschritts im Interesse der Arbeiterklasse aufzudrücken. Ein kleiner Fortschritt ist aber auch hier erkennbar. Auf dem Städtetag in Weizenfels war nur ein Arbeitervertreter; diesmal waren es schon drei. Und daß der Städtetag in Naumburg sich ausschließlich mit den sozialen Leiden der Minderbemittelten befassen mußte, ist auch nicht etwa eine Folge einer plötzlichen einem Akt aus heiterem Himmel in die Köpfe unserer Herrschenden hineingefahrenen Liebe zum Proletenstand, sondern es ist die Folge der sich auf allen Gebieten durchsetzenden Macht der Arbeiterorganisation.

Diesem Gedanken, daß die Arbeiterorganisation der Pionier der ganzen staatlichen Sozialpolitik ist, ist auch in Naumburg Ausdruck gegeben durch den Stadtbürgermeister Deist, der bei der Debatte über die Arbeitersekretariate darauf hinwies, daß nicht nur bei den Arbeitersekretariaten der Staat resp. die Kommune eine von den gefährlicheren Arbeiterorganisationen geschaffene wertvolle Einrichtung nachmache. Bei der Krankenversicherung sei dieselbe Erscheinung zu beobachten gewesen. Die freien Hilfskassen der Arbeiterorganisationen seien vorbildlich und anregend für die Einrichtung und den Ausbau der heutigen Ortskrankenkassen gewesen. Die Arbeiter belämen staatliche Einrichtungen erst dann, wenn sie diese Einrichtungen sich selber schaffen und zu gutem Gedeihen bringen. Erst dann komme der Staat herbei und mache die Einrichtungen nach, um sie den Arbeitern abzunehmen. Und die staatliche Arbeitslosenversicherung würden die Arbeiter auch nicht eher bekommen, bis sie dem Staat die praktische Durchführbarkeit dieses Versicherungszweiges durch Selbstorganisation vorgemacht hätten. Natürlich blieb diese sozialdemokratische Rede nicht unüberhört. Neben einer ganzen Anzahl anderer Redner nahm auch der Oberpräsident der Provinz Sachsen, der ehemalige Staatsminister v. Bötticher, das Wort zur Erwidern. Er reklamierte die Initiative in der sozialpolitischen Gesetzgebung für Wilhelm I., die Sozialdemokraten hätten ja im Reichstag gegen die Arbeiterversicherungsgesetze gestimmt. Auch Oberbürgermeister Dr. Ebeling-Dessau, der in seinem Referat eine ausgedehnte Uebersicht über alle bestehenden Arten von Rechtsauskunftsstellen (nationalliberale, freijüngliche, katholische und gewerkschaftliche) gegeben, wobei er die Leistungen der Arbeitersekretariate gebührend anerkannte, aber deren agitatorische Tendenz mißbilligte, suchte den Arbeitern die „Priorität“ an den Rechtsauskunftsstellen freitig zu machen, indem er darauf verwies, daß ja auch die Gewerkschaften ihre Arbeitersekretariate erst ähnlichen Einrichtungen der Zentrumspartei nachgebildet hätten. — Daß im Dienste des Staates stehende Beamte nicht zugeben können, daß der Staat durch mögliche Organisationen zu Zugeständnissen genötigt wird, sobald diese Organisationen eine gewisse Macht haben — und darauf kommt es ja allein an — ist selbstverständlich. Das gehört zu ihren Amtspflichten. Aber in diesem Fall ist die Richtigkeit der betrittenen Behauptung genau so selbstverständlich wie die Verteilung. — Zu Beginn der Debatte über die vom Oberbürgermeister Dr. Ebeling vorgeschlagenen Rechtsauskunftsstellen war nicht einmal eine bemerkbare Sympathie für dieselben vorhanden. Erst nachdem auf die spezifischen Ausführungen des Stadtbürgermeisters Cohn-Dessau der Oberpräsident v. Bötticher sich mit aller Wärme dafür ins Zeug legte, schlug die Stimmung etwas um. Aber das Bedenken, daß man mit den Behörden geschaffenen Rechtsauskunftsstellen den Arbeitersekretariaten doch nicht beikommen könne, vermochte auch er nicht zu bannen. Genüß werden von den leistungsfähigen Städten solche Auskunftsstellen errichtet werden. Aber einer der Herren Redner hatte wohl nicht ganz unrecht, als er sagte, man müsse hier wieder mal ein Märchen verstreuen, von dem man zwar nicht wisse ob es nütze, nach dessen Verstreuen man sich aber doch freuen könne, daß man wenigstens etwas getan habe. Stadtv. Cohn-Dessau glaubte den Auskunftsstellen in einem Punkt eine sehr zugehörige Tätigkeit in Aussicht stellen zu können. Der händische Rechtssekretariat würde nämlich durch all die Unschicklichkeit und die Not der bei ihm Rat Suchenden sehr bald zu der Ueberzeugung kommen, daß die soziale Fürsorge sowohl als auch die Rechtssekretariate für unsere Arbeiter eine viel zu ungenügende sei und wenn er dann nicht schematischer Bureaukrat sei, sondern als denkender Staatsbürger die Pflicht empfinde, an der Besserung der unzureichenden sozialen Fürsorge und Selbstbildung mitzuarbeiten, dann würden die aufgewandten Mühen und Gelder gute Früchte tragen. In diesem Punkt wünschte er auch als Sozialdemokrat den Auskunftsstellen von Herzen beste Erfolge. Lediglich ein herzliches und sinniges Lächeln des Präsidenten, Oberbürgermeister Schneider aus Magdeburg, war die Antwort auf diesen wohlgemeinten Einbeis, worin offenbar gesagt sein sollte: Das könnte auch Sozialdemokraten wohl passen, wird aber von uns nicht gemacht.

Breitweg 69/70
Gelegenheitskauf!
Herrn-Stiefel Mk. 4.50

1 sehr schönes Blüsch- u. rotbr. Stoffpaar, 2 Bettstellen, m. bauerh. Matr., m. h. Kleider- u. Wäffler-schrank, Veritto, Stühle, Spiegel u. Küchens., Auszieh-u. Sofa-sitz ganz bill. z. v. Jakobstr. 35 II b.

Herrn-Stiefel Mk. 4.35
Kleinsfeld, Budau, Schönebecker 98

Empfehle mein großes Lager gut getrodener

Haus- und Toilette-Seifen

sowie 636

Bürsten-, Seiler- und Gummiwaren

Billigste Preise bei reeller Bedienung.

Franz Morawa, Burg

Mitglied des Rabatt-Vereins, Burg
Schartauerstraße 59

Breitweg 69/70
Damen - Spangenschuhe,
-Knopf- u. -Schnürschuhe
auch einzeln, 1.50 Mk.

heute und folgende Tage
653 verkaufe ich
große Posten Paletots
Anzüge, Jackets u. Hosen
sowie **fämliche**
Arbeiter-Garderoben
Schuhwaren aller Art
für Herren, Damen und Kinder zu
außergewöhnlich billigen Preisen

B. Wolff
Schwertfegerstrasse 14.

Fretchen, gut jagend,
643 fingerzähm.
H. Schrader
Magdeburg, Wallstraße 1.

Standesamt.
Magdeburg, 6. September.
Aufgebote: Dipl.-Ingenieur
Emil Paul Christoph Selmer Christ.
Kofad hier mit Margarete Wilhelmine
Hille in Leopoldshöh. Kleidermacher
Gustav Adolf Krauser hier mit
Marie Luise Helene Wulff in
Stendal. Arbeiter Hermann Otto
Jürgens mit Dorothee Wilhelmine
Wörge in Sarsledt. Arb. Albert
Haake hier mit Berta Naab in
Niederbodeleben. Postbote August
Gustav Jakob hier mit Friederike
Luise Martha Lohmann in Steig.
Kaufmann August Friedrich Carl
Hilse hier mit Anna Marie Luise
Emma Lindner geb. Großpiz in
Alt-Rahstedt. Schlosser Friedrich
Bischoff hier mit Johanna Funte
in Nowomes. Former Hermann
Paul Koch mit Minna Marie
Friederike Dolge in Bernburg.
Mittelschullehrer Friedrich Viktor
Barries hier mit Berta Ulrike Irene
Kramer in Kaldendorf. Lit.-Historiker
Dr. phil. Wilhelm Nowak mit
Elisabeth Habenicht. Eisenbreher
Albert Schreiber in Wehendorf mit
Frida Behn hier. Konsistorial-Rat
Dr. Herbert Heinrich Bernhard du
Ressal in Pözen mit Marie Ida
Alice Brennhausen in Stettin.
Eisenbahn-Arbeiter Ernst Griesche
mit Charlotte Schmidt. Theater-
Direktor Joseph Eisner mit Frida
Klein. Herrenkleidermacher Otto
Diedrich hier mit Anna Paul in
Calbörbe. Schmied Carl Maack mit
Marie Meier. Handlungs-Gehilfe
Wilhelm Dungen mit Emma
Nieleberg.

Geburten: Frh. S. des
Lapiziermeisters und Dekorateurs
Heinrich Wrenndt. Charlotte, T.
des Arbeiters Alfred Neuhofen.
Johannes, S. des Schuhmachermstrs.
Johannes Antscha. Gertrud, T. des
Portiers Carl Dietrich. Erna, T.
des Bischofswalds Gustav Hense.

Todesfälle: Wilhelmine geb.
Tieg, Ehefrau des Rentners Carl
Waig, 51 J. 5 M. 22 T. Albert,
S. des Kupferschmieds Albert Kiep,
4 M. 26 T. Friederike geb. Damm-
berg, Ehefrau des Arbeiters Bernh.
Egger, 47 J. 8 M. 21 T. Alfred,
unehelich, 4 M. 14 T. Luise, T.
des Klempnermeisters Rich. Wähl-
berg, 1 M. 5 T. Willi, S. des
Arbeiters Wilhelm Steinborn, 2 J.
7 M. 19 T. Dorothea, unehelich,
2 M. 28 T. Eta, T. des Arbeiters
Hermann Köhler, 3 M. 20 T.
Friedrich Braune, Droschkentischer,
61 J. 5 M. 14 T. Carl Meves,
Schuhmachermeister, 66 J. 25 T.

Möbel- Haus Heil

Schrotborferstr. 1a
neben Konfektionshaus
Ehrenfried Finko

Steheschränke mit Nussöl
35-80 Mk.
Vertikals mit Nussöl
35-90 Mk.
Ermeubels 40-200 Mk.
Bettstellen, Matrasen,
Spiegel, Tische, Stühle,
Küchenmöbel kolossal billig.

Kompl. Ausstattungen
200, 250, 350, 400, 500 Mk.

Eigene Werkstätten.
Lange Garantie. Transport
frei. Freie Lagerung bis
zum Gebrauch.

Wilhelm Heil
Schrotborferstr. 1a
neben Konfektionshaus
Ehrenfried Finko.

Leder-Ausschnitt

in großer Auswahl billigt bei

Gust. Hoffmeister

Prälantenstraße 21. 136 Annastraße 44.

Damp-Färberei u. chem. Waschanstalt
von **E. Kerck**

354 Fabrik: Sudenburg, Westendstraße 18.
Läden: Spiegelstraße 4, Sünderstraße 18 (am Nikolaiplatz), am
Hasselbachplatz.
Annahmen: Gr. Diesdorferstraße bei C. Lang.
in Burg 6. Magdb. bei W. Heumann junior, am Markt.

Billige Preise! Allerbeste Ausführung!

Damen-Kleid reinigen	2.50	in allen modernen Farben.
färben	2.00	
Herren-Anzug färben	3.00	
reinigen	2.50	

Neu eröffnet!

Nohl- und Feinschleiferei

mit elektrischem Betrieb

Ernst Albrecht Gr. Schulstrasse 12

Neu eröffnet! 232 **Neu eröffnet!**

Breitweg 69/70
Eine Partie
Damen-Stiefel auch einzeln 3.75

Zur best. Damenschneiderei
empfehle ich **Gertrud Engel-
mann, Enlbke, Wilhelmstr. 9 I**

Burg. 649 Burg.
Empfehle
frische Fettbündlinge
**F. Aximann, Bruch-
straße 40.**

Walhalla.

Neuer weltstädtischer
Spielplan.

Hans Girardet

Stein-Erette-Familie
und weitere Attraktionen.

Breitweg 69/70
Segeltuchschuhe für Knaben,
Mädchen,
Damen und Herren v. 1.00 Mk. an

Vom berechnigten Chemiker
untersucht.
Angefertigt unter Kontrolle des Igl.
Sanitätsr. Dr. H. Lüdcke, Halle a. S.

Wer seine Kinder lieb hat
gibt ihnen

Dr. Thompson's Seifenpulver

gibt
ohne Bleiche
blendend weisse Wäsche.

Breitweg 69/70
Große Pantoffel
Böden
à Paar 35, 45, 65, 95 Pf.

Lichtige Stepperein, Einfache,
Frauen, eine Frau zum Vor-
richten und Begebenen such
A. Rosenburg, Ankerstr. 1.

Am Mittwoch, 30. v. M., ein Doppelt-
Trauring, gez. J. N. u. H. R., ver-
käuflich. geg. Bel. Gärtnerstr. 5, r. pl.
Fabrikstr. 17, 2 Tr., Kost u.
Legis f. junge Leute. Marwitz. 644

Mischerleben.

Sonnabend den 9. September
abends 8 1/2 Uhr

Mitgliederversammlung

des Verbandes der Fabrik-,
Land- und Hilfsarbeiter
652 bei Otto Wille.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Be-
richt vom Kartell. 3. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht,
recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Breitweg 69/70
1 Paar Kinderstiefel u.
Stiefel, aus einzeln 1.25

Blutstodung?
Kann Sie sich schon
Krankheitsgefahr „Gehä-
(Z. R. S. S. S.)
Kann Sie sich schon
Krankheitsgefahr „Gehä-
(Z. R. S. S. S.)
Kann Sie sich schon
Krankheitsgefahr „Gehä-
(Z. R. S. S. S.)

Barleben

Sonntag den 10. September, nachmittags 3 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Oeffentliche Protestversammlung

Tagesordnung:
Die Fleischnot in Deutschland.
Referent: Genosse Bender, Magdeburg.
Nachdem: Verschiedenes.

Arbeiter Barlebens! Trübsinnig und völkisch in dieser
schwierigen Versammlung.

Der Einberufer.

Deutscher Holzarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 9. September, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstr.
Bezirk Buckau im „Thalia“-Saal, Dorotheenstraße 21.
Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c.
Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirs“, Friedrichsplatz 2.
Bezirk Alte Neustadt bei S. Ladenmacher, Dittenbergstraße 13.
Bezirk Magdeburg, Section Stellmacher, Tischlerkrugstraße 28.

Die Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gegeben.
Ehrenpflicht eines jeden Verbandskollegen ist es, hierzu zu
erscheinen.

Die Verwaltung.

Magdeburg und Vororte.

Sonnabend den 9. September 1905, abends 9 Uhr
im „Dreikaiserbund“, Gr. Storkstraße 7

Versammlung der Kutscher

Tagesordnung:
1. Die Magdeburger Straßen-Polizei-Verordnung.
Referent: Kollege Ferd. Bender.
2. Beratung der Karte auf Abänderung der Straßen-Polizei-
Verordnung.
3. Verschiedenes.

In dieser wichtigen Versammlung darf kein Kutscher fehlen.
Der Einberufer.

Wegen der öffentlichen Antisemiten-Versammlung fallen die
Bezirksversammlungen des Zentralverbandes der Handels-,
Transport- und Verkehrsbetriebe für Magdeburg und
Sudenburg aus.

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Fernsprech-Anschluss Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 9. September, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Moldenstr.
Referent: Arbeitersekretär S. Weims.
Bezirk Cracau - Prester in der „Schweizerhalle“.
Referent: Kollege A. Brandes.
Bezirk Wehendorf im Lokale des Herrn Meyer.
Bezirk Diesdorf im Lokale des Herrn Silbebrandt.
Referent: Kollege Otto Feige.
Bezirk Lemsdorf im Lokale von Julius Casar.
Referent: Kollege Aug. Flügge.

Branche der Former und aller Gießereiarbeiter
in der „Gemülichkeit“, Tischlerkrugstraße 22.
Referent: Genosse Aug. Fabian.

Sonntag den 10. September, vormittags 10 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung aller Elektro- und Hilfsmonteuere

im Restaurant „Neustädter Hof“, Jakobstraße 17.
Referent: Arbeitersekretär S. Holzappel.
Bez. Fernerleben i. Lokale „Zum goldenen Engel“.
Referent: Genosse Wilh. Haupt.

Sudan, 6. September.
Aufgebote: Fabrikbote Christ.
Hoppe mit Wwe. Karoline Henschel
geb. Steinemann in Drevitz.
Geburten: Käthe, T. des Schloss-
karl Wagner. Emil, S. des Straßen-
bahn-Wagenführers Emil Seedorf.
Totgeburt: T. des Formers
Carl Debing.

Neustadt, 6. September.
Aufgebote: Geshirfführ. Wilh.
Seidler mit Wwe. Boas, Antonie
Therese geb. Pfafferoth. Schuhm.
Hermann Friedrich Carl Wiebeck mit
Frida Johanne Kraas.
Geburten: Erna, T. des Arb.
Carl Groppelsh. Paul, S. des Tischl.
Paul Lindner. Erich, S. des Holz-
und Kohlenhändlers Hermann Rüt-
geroth.
Todesfälle: Ehefrau des
Schlossermstrs. Hermann Goshinski,
Anna geb. Adam, 55 J. 10 M.
24 T. Willi Paul, unehel., 3 M.
20 T.
Totgeburt: S. des Arbeiters
Wilhelm Theuerkauff.

Niederleben.
Aufgebote: Kaufmann Otto
Siebrecht in Berlin mit Jenny Rabe
hier.
Geburten: S. des Antschers
Friedrich Vierwirth. S. des Fabrik-
arbeiters Hermann Bruchmüller.
T. unehelich.
Todesfall: Witwe Wilhelmine
Schroter geb. Schulze, 72 J. 7 M.
7 T.

Schönebeck.
Aufgebote: Tischler Vinzenz
Stachowial hier mit Sophie Marie
Weiche in Hötensleben. Arbeiter
Johann Grot mit Franziska Cho-
waniec in Kl.-Nangleben. Schlosser
Gottlieb Carl Arar Wittig hier
mit Marie Emma Martha Hummel
in Calbe a. S. Gastwirt Wilhelm
Carl Friedrich Franz Richter in
Töthen mit Berta Ida Leuschner
in Mansfeld.
Eheheiratung: Arb. Rud.
Friedrich Adam Wulbrandt mit der
geh. Elise Marie Anna Marquardt
geb. Blafe.
Geburten: Margarete Emmi,
T. des Fabrikarb. Gerhard Hoppe.
Ida Elisabeth, T. des Bahnarbeiters
Herrn. Röhme. Richard Wilhelm,
S. des Arbeiters Hermann Wiers.
Walter Robert, S. des Tischler-
meisters Robert Strauß.
Todesfälle: Luise, T. des
Böttchers Wilh. Tieg, 6 J. Wil-
helm, S. des Böttchers Wilh. Tieg,
3 J. Theodor Erich Will, S. un-
ehelich, 14 T. Otto Walter, S.
des Fabrikarbeiters Otto Zahl, 2 M.
Martin, S. des Schlossers Franz
Richter, 7 M.

Achtung Zentralverband der Schmiede

Unser diesjähriges Herbst-
vergügen findet Sonnabend
den 9. September in der „Zerbster
Bierhalle“ — Schöningerstrasse
statt. Um zahlreiche Beteiligung
bitte! — Das Vergängungs-komitee

Sonntag den 11. September, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle“.

Referent: Arbeitersekretär S. Weims.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Vortrag. 2. Verbands- resp. Berufsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Wir rechnen auf zahlreich. Beteiligung an allen Versammlungen.

Die Verwaltung.

Achtung, Kutscher! Am Sonnabend den 9. September findet im „Dreikaiserbund“ eine öffentliche Kutscherversammlung statt, die sich mit der hiesigen Straßenpolizeiverordnung befassen wird.

Die Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik in der Schwanenstraße sucht durch Inserate im „General-Anzeiger“ tüchtige, möglichst verheiratete Schlosser.

Von der Firma C. Rudolph u. Co. Die Arbeitererschaft hat seit Jahren ausgeräumt mit Fabrikfestlichkeiten u., wie sie vordem abgehalten wurden.

Eisenbahnerverdienste. Wir waren schon lange der Ansicht, schreibt der „Beckus“, daß es den Arbeitern der Eisenbahnwerft Magdeburg-Buckau so ziemlich wohl gehen müsse.

Für die Eltern von Schulkindern ist es von Interesse zu erfahren, daß die Schulgemeinde für die im Schuljahr auszuwendenden Kleider der Schulkindern haftet.

hört auch ein gehäckerter Platz zur Aufbewahrung der von den Schülern mitgebrachten Mäntel, Kopfbedeckungen usw.

Eine Erbschaftsangelegenheit. Der Kaufmann Karl Langhennig hier, geb. 1844, erbte im März d. J. von einem Onkel eine ganz bedeutende Summe, erkaufte aber zugunsten seiner Schwestern, unter der Bedingung, daß ihm dieselben monatlich 130 Mark Rente lebenslänglich zu zahlen hätten.

Ziehtag, jedoch nur für Schwalben, ist nach der durch vieljährige Beobachtung gefundenen Bauernregel der 8. September.

Falsche Fünfsignarmarkcheine sind gegenwärtig im Verkehr. Die ziemlich gut nachgemachten Scheine sind anscheinend auf photographischem Wege und teilweise mit dunkelgrüner Farbe hergestellt worden.

Von der Strafe. Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr kamen sechs hintereinanderfahrende Kremier, voll besetzt, in schnellstem Trab die Kaiserstraße entlang und wollten in die Wilhelmstraße einbiegen.

Wässlicher Tod. Donnerstag morgen gegen 8 1/2 Uhr verstarb plötzlich im Eisenbahn-Direktionsgebäude, Pfaffenstraße 1-10, der dort beschäftigte und Pfaffenstraße 13 wohnhafte Kanzleisekretär Hermann Böttger infolge Herzschlags.

Erhängt hat sich am Montag nachmittag in seiner Wohnung, Neustädterstraße 3a, der Kassierer Heinrich Wille, der für eine Berliner Versicherungs-Gesellschaft tätig war.

In Haft genommen wurden der Tapezier Roy F. und der Arbeiter Friedrich B. von hier, die vom hiesigen Amtsgericht zwecks Strafverbüßung gesucht wurden.

Diebstahl. In den letzten Wochen wurden einem hiesigen Fleischermeister wiederholt Geldbeträge in Gesamthöhe von 40 Mark gestohlen.

Pferd und Wagen wurden Dienstag abend einem Fleischermeister aus Barleben gestohlen.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. (Berienstrasskammer.) Sitzung vom 7. September 1905.

Verworfen Berufung. Die verehelichte Lademeisterin Herr, Ema geb. Zeremer, hier, geboren 1866, hatte sich im Dezember 1901 von dem Dienstmädchen Minna Korte eine Nähmaschine geliehen und verpfändete sie für 15 Mk.

Freispruch. Der Kaufmann Heinrich Dörre junior zu Neuhaldensleben, geboren 1880, verriet in den Jahren 1901 bis 1903 für die Firma Gebr. Lins hier kommissionarische Futurartikel und Dingemittel.

Ein Mordling. Der Arbeiter Albert Gene zu Schönebeck, geboren 1854, tötete in der Nacht zum 18. Mai d. J. auf der Straße des Kaufmanns Moers mit einem Stein über den Kopf.

Verlag. Wegen Verletzung des Polizeibeamten Förster und der Oberwächter Bachmann erhielt der vorbeirahende Arbeiter Ludwig Wöhe zu Calbe a. S., geboren 1847, vom Schöffengericht am 11. Juli d. J. 15 Tage Gefängnis.

Schwindelereien. Der Arbeiter Reinhold Bremer hier, geboren 1866, hatte in Erfahrung gebracht, daß der Hausmann v. Schindler Besitzer der Fingerringe Reichardt bei Walsdorf ist und ging am 24. Juni d. J. mit einem auf den Namen des Fingerringes besetzten Brief zu ihm.

Meine Chronik.

Die Cholera.

Das Vorkommen der Cholera in Berlin wird amtlich demontiert. In Westpreußen sind weitere Erkrankungen und Todesfälle an der Cholera vorgekommen.

aus der hiesigen polizeilichen Kontrolle entlassenen Frauensperson, die wegen Brechdurchfalls in das Eppendorfer Krankenhaus überführt worden war, hat die bakteriologische Untersuchung ergeben, daß es sich um Cholera handelt.

In Hafen sind seit Anlaß der Cholera-Gefahr folgende Maßnahmen verfügt worden: Alle aus den Häfen zwischen Helsingfors und Hamburg kommenden Schiffe werden vom Arzt des Sanitätsdienstes genau untersucht.

Der Typhus.

In Posen sind seit vorigem Mittwoch 19 neue Typhusfälle zur Anmeldung gelangt. Die Gesamtzahl der bisher vorgekommenen Typhusfälle beträgt damit 285.

Ertrunken.

Bei heftigem Sturm kenterte auf dem Main bei Feschenbach ein Boot mit fünf Insassen, von denen zwei ertranken.

Ein Raubmord.

In Raufen in Lothringen wurde der Schuhmacher Graconi mit Stichwunden bedeckt und seiner Werktafel beraubt, tot im Walde gefunden.

Die Flucht aus dem Kloster.

In Weichen in Oberschlesien versuchte aus dem Kloster zum guten Hirten die zwanzigjährige Insassin Gertrud Filla nachts zu entfliehen; beim Hinabklettern am Abgabeler jedoch stürzte sie drei Stockwerke tief hinab und brach das Rückgrat.

Zusammenstoß zweier Güterzüge.

Am Dienstag abend fuhr auf dem Bahnhof Peiskretscham ein Güterzug in ein besetztes Gleis und auf einen andern Güterzug auf. Die Lokomotive und neun Güterwagen entgleisten und überstürzten drei Gleise.

Ein Dampfer mit Dynamitladung in Brand.

Dienstag abend brach an Bord des englischen Dampfers „Chatham“, der von Middlesbrough nach Yokohama unterwegs ist, im Suezkanal Feuer aus.

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

* Tiflis, 6. September. In der Stadt Schuscha suchten die Tataren den Zugang zum Armenerviertel zu erzwingen und die Armenier ins Tatarendiertel einzubringen.

* Tiflis, 6. September. In Baku fand ein Kampf mit den Truppen statt, bei dem eine Anzahl Personen getötet und verwundet wurden.

* Tiflis, 6. September. Der Gouverneur von Jelisabelpol berichtete, daß die Einwohner des Dorfes Mikend von herumziehenden Tataren niedergemacht worden wären.

* Baku, 7. September. In Balachan fanden in vergangener Nacht heftige Straßenkämpfe statt; unter den Getöteten befinden sich viele Russen und einige Deutsche.

* Baku, 7. September. Eine öffentliche Versammlung, die in erster Linie von Arbeitern besucht war, protestierte gegen die Preisnot und nahm eine Resolution für Deckung der Grenzen an.

* Tiflis, 6. September. Der Gouverneur von Jelisabelpol berichtete, daß die Einwohner des Dorfes Mikend von herumziehenden Tataren niedergemacht worden wären.

* Baku, 7. September. In Balachan fanden in vergangener Nacht heftige Straßenkämpfe statt; unter den Getöteten befinden sich viele Russen und einige Deutsche.

* Baku, 7. September. Eine öffentliche Versammlung, die in erster Linie von Arbeitern besucht war, protestierte gegen die Preisnot und nahm eine Resolution für Deckung der Grenzen an.

* Tiflis, 6. September. Der Gouverneur von Jelisabelpol berichtete, daß die Einwohner des Dorfes Mikend von herumziehenden Tataren niedergemacht worden wären.

* Baku, 7. September. In Balachan fanden in vergangener Nacht heftige Straßenkämpfe statt; unter den Getöteten befinden sich viele Russen und einige Deutsche.

* Tiflis, 6. September. Der Gouverneur von Jelisabelpol berichtete, daß die Einwohner des Dorfes Mikend von herumziehenden Tataren niedergemacht worden wären.

* Baku, 7. September. In Balachan fanden in vergangener Nacht heftige Straßenkämpfe statt; unter den Getöteten befinden sich viele Russen und einige Deutsche.

* Tiflis, 6. September. Der Gouverneur von Jelisabelpol berichtete, daß die Einwohner des Dorfes Mikend von herumziehenden Tataren niedergemacht worden wären.

* Baku, 7. September. In Balachan fanden in vergangener Nacht heftige Straßenkämpfe statt; unter den Getöteten befinden sich viele Russen und einige Deutsche.

* Tiflis, 6. September. Der Gouverneur von Jelisabelpol berichtete, daß die Einwohner des Dorfes Mikend von herumziehenden Tataren niedergemacht worden wären.

* Baku, 7. September. In Balachan fanden in vergangener Nacht heftige Straßenkämpfe statt; unter den Getöteten befinden sich viele Russen und einige Deutsche.

Warenhaus Gebr. Barasch

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Ein Waggon Küchen-Holzwaren

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

zu Extra-Preisen!

Eckbretter mit 8 Haken, ca. 40 cm Durchmesser . . .	46 Pf.
Huthalter verstellbar, 3teilig	9 Pf.
Huthalter 10teilig, verstellbar	39 Pf.
Küchenrahmen Buchenholz, Länge ca. 60 cm, mit 5 Haken	48 Pf.

Tabletts ca. 24 cm lang	9 Pf.
Messerkasten 2teilig, hell gebeizt	39 Pf.
Handtuchleisten Hartholz, mit 3 Haken u. 3 Porzellan Schildern	28 Pf.
Klosettpapierhalter inkl. einer Rolle Toiletten-Papier, komplett	24 Pf.

Schlüsselleisten Hartholz, mit 4 Haken	14 Pf.
Frühstücksbrettchen Buchenholz, Plattform	7 Pf.
Frühstücksbrettchen Buchenholz, Schweinchenform und andre	7 Pf.
Schinkenteller Buchenholz, rund	3 Pf.

Parade-Handtuchhalter Buchenholz, ca. 50 cm lang, mit 3 Porzellan Schildern und beweglichem Stab	55 Pf.
Tabletts mit eichen. Boden u. 2 Metallgriffen	Stück 55 75 95 Pf.
Küchenbretter mit Griff, Buchenholz	Länge ca. 28 33 36 cm Stück 13 24 Pf.

Quirle	Länge ca. 21 28 35 cm Stück 1 2 3 Pf.
Gurkenhobel Buchenholz, mit 2 ausziehbaren Messern	Länge ca. 30 32 37 cm Stück 39 48 65 Pf.
Küchenrück eichenartig lackiert, mit vernickelten Haken	Länge 80 100 cm 1.28 1.35

Messer-Putzbänke mit Hälsen und Gabelriemen	12 Pf.
Quirl-Garnituren 7teilig	36 Pf.
Quirl-Bretter einzelne Stück	7 Pf.
Fleischklopfer groß Stück	8 Pf.

Fussbänke mit gedrehten Füßen, Gr. 20x33 cm Stück	34 Pf.
Kleiderbügel 6 Stück	15 Pf.
Kleiderbügel mit Quersab 3 Stück	18 Pf.
Kleiderbügel lackiert 3 Stück	18 Pf.

Konsolen Stück	9 Pf.
Plättbretter 170 cm lang Stück	1.25
Plättbretter mit gutem Bezug Stück	2.45
Tonnenrück eichenartig lackiert, 3teilig, mit 6 vernickelten Haken Stück	1.65

Zugrouleau-Einrichtungen

mit Ringen, Schnur und Quasten	33 Pf.	mit Messingrollen	44 Pf.
------------------------------------------	---------------	-----------------------------	---------------

Ein Waggon Braungeschirr

Buttertöpfe

24 28 32 38 cm hoch	1.22
28 52 79	

Schüsseln flach

21 23 29 34 40 cm Durchmesser	64
10 18 28 44	

Milchtöpfe

tiefe Form innen weiß					hohe Form innen weiß		breite Form				
9 10 12 14 16 cm	12 14 cm	9 10 12 11 16 cm									
8 10 13 15 22 Pf.	13 15 Pf.	5 7 9 11 14 Pf.									

Kuchen-Formen

20 23 25 27 cm Durchm.	44 Pf.
22 28 35	

Einlege-Krausen

10 12 14 16 17 1/2 cm	14 Pf.
4 5 8 12	

Frisch eingetroffen: **Tomaten** Pfund **5** Pf.